

MARKUS KERN

Versorgungspflichten in der Europäischen Union

Jus Publicum

314

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 314



Markus Kern

Versorgungspflichten in der Europäischen Union

Mitgliedstaatliche Ursprünge und europäische
Perspektiven im Telekommunikations-, Post-,
Energie- und Eisenbahnbereich

Mohr Siebeck

Markus Kern, geboren 1978; Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Freiburg i.Ue. (Schweiz) und Paris II Panthéon-Assas; Studium der Volkswirtschaft an der Universität Bern; LL.M. an der Harvard Law School; 2012 Promotion; Tätigkeit als Regulierungsexperte bei den Schweizerischen Bundesbahnen; Oberassistent am Institut für Europarecht der Universität Freiburg i.Ue.; seit 2017 zunächst Assistenzprofessor und danach ordentlicher Professor für Staats-, Verwaltungs- und Europarecht an der Universität Bern.
orcid.org/0000-0003-1456-9567

ISBN 978-3-16-161394-4 / eISBN 978-3-16-161395-1
DOI 10.1628/978-3-16-161395-1

ISSN 0941-0503 / eISSN 2568-8480 (Jus Publicum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2022 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Textservice Zink in Schwarzach gesetzt, von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Herbstsemester 2021/2022 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern als Habilitationsschrift angenommen. Literatur und Rechtsprechung konnten bis Mai 2021 berücksichtigt werden; im Hinblick auf die Drucklegung erfolgten punktuelle Ergänzungen.

Zu danken habe ich zunächst Professorin Astrid Epiney (Universität Freiburg i.Ue.) und Professor Andreas Lienhard (Universität Bern) für die Begutachtung der Arbeit und die zahlreichen wertvollen Hinweise.

Ein ganz besonderer Dank gebührt jenen Personen, die entscheidend waren für meinen wissenschaftlichen Werdegang: meinem Doktorvater Thomas Fleiner, der mir den Weg ins öffentliche Recht gewiesen hat, sowie insbesondere Astrid Epiney, die mich zur akademischen Tätigkeit ermuntert, mich immer wieder unterstützt und kontinuierlich gefördert hat.

Die vorliegende Schrift ist über einen längeren Zeitraum entstanden und entsprechend zahlreich sind diejenigen, die ihr Entstehen begleitet haben. Die Kolleginnen und Kollegen am Institut für Europarecht der Universität Freiburg i.Ue. haben mit fachlichem Austausch, gemeinsamer Lehre und Forschung und nicht zuletzt mit erfreulichen Kaffeepausen und Unternehmungen zum Gelingen der ersten Jahre beigetragen. Ebenso bin ich meinen Kolleginnen und Kollegen am Institut für Öffentliches Recht der Universität Bern zu aufrichtigem Dank verpflichtet. Mit fachlichen Anregungen, großzügiger Unterstützung und stets offenen Türen haben sie ermöglicht, dass ich diese Arbeit weiter voranbringen und abschließen konnte.

Zu danken habe ich auch Tobias Egli, Linda Flück, Janis Greminger, Sonia Guhl, Flavia von Gunten, Simone Imboden und Alexander Tichy für ihren Einsatz bei der Literaturbeschaffung und der Korrektur sowie Anja Borkam für die umsichtige Lektorierung.

Mein größter Dank gilt meiner Familie: Vroni, Selma und Jakob. Sie haben mich in diesen Jahren mit dem Wesentlichen versorgt: mit Freude, Lachen und Zuversicht. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Bern, im Frühling 2022

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII

Einleitung	1
----------------------	---

Erster Teil: Mitgliedstaatliche Ursprünge der Versorgungspflichten

§ 1 <i>Service public</i> in Frankreich	17
§ 2 Daseinsvorsorge in Deutschland	126
§ 3 <i>Public utilities</i> in Großbritannien	189
§ 4 Schlussfolgerungen zu den mitgliedstaatlichen Versorgungsmodellen . .	247

Zweiter Teil: Unionsrechtlicher Rahmen

§ 5 Primärrechtliche Vorgaben	267
§ 6 Grundelemente der Sektorregelungen	347

Dritter Teil: Gestaltungselemente der Versorgungspflichten

§ 7 Ursprünge und Entwicklung der Versorgungspflichten	435
§ 8 Versorgungspflichten und zulässige gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen	504
§ 9 Wege der Sicherstellung der Versorgung	540
§ 10 Qualität der Leistungserbringung	568
§ 11 Preise und Tarife	615
§ 12 Sondervorschriften für bestimmte Nutzergruppen	684
§ 13 Informationspflichten	718
§ 14 Auswahl- und Wechselmöglichkeiten	766
§ 15 Vertragsgestaltung	789
§ 16 Rechtsdurchsetzung durch die Nutzerinnen und Nutzer	815
§ 17 Rechtsverhältnis zwischen Staat und Betrauten	827
§ 18 Abgeltung und Finanzierung der Leistungen	840

Vierter Teil: Schlussfolgerungen

§ 19 Charakteristiken des europäischen Versorgungssystems	915
§ 20 Europäischer <i>service public in statu nascendi?</i>	949
Literaturverzeichnis	959
Materialienverzeichnis	978
Sach- und Personenregister	981

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII

Einleitung	1
<i>I. Problemstellung</i>	1
1. Staatliche Versorgungsleistungen	1
2. Rolle der Europäischen Union	2
3. Fragestellung und Untersuchungsgegenstand	3
<i>II. Gang der Untersuchung</i>	5
<i>III. Grundbegriffe der öffentlichen Versorgung</i>	7
1. Allgemeines	7
2. Mechanik	7
3. Begrifflichkeiten	8
a) Auf Ebene des Primärrechts	8
b) Auf Ebene des Sekundärrechts	10
c) Auf Ebene der Mitgliedstaaten	12

Erster Teil

Mitgliedstaatliche Ursprünge der Versorgungspflichten

§ 1 <i>Service public</i> in Frankreich	17
<i>I. Entwicklung des Konzeptes des service public</i>	17
1. Vorgeschichte des Begriffs	17
a) Rechtsprechung	17
b) Rezeption und Verbreitung: <i>École du service public</i>	19
aa) Anfänge	19
bb) <i>Léon Duguit</i> und die <i>École du service public</i>	19
cc) Zur Tragweite der <i>École du service public</i>	22
c) Krisen und Erstarkung	23
aa) Kritik von <i>Hauriou</i>	23
bb) Erosion der Tragweite in der Rechtsprechung	24
cc) <i>Crise du service public</i> und Wende	25

dd) Infragestellung durch das Unionsrecht	26
2. Gegenwärtiges Verständnis und Facetten des Begriffs	27
a) Zeitgenössische Definitionen	27
aa) Allgemeines	27
bb) Bedeutung der Abgrenzung	28
cc) Elemente der Definition	29
dd) Eingeschlossene Tätigkeiten	30
ee) <i>Service public administratif</i> und <i>service public industriel et commercial</i>	31
b) Anwendbares Rechtsregime: <i>les lois Rolland</i>	32
aa) Allgemeines	32
bb) Kontinuität – <i>continuité</i>	33
cc) Gleichbehandlung – <i>égalité</i>	36
dd) Abänderbarkeit – <i>mutuabilité</i>	40
ee) <i>Gratuité, transparence, qualité</i> und <i>participation</i> als weitere Grundsätze?	42
ff) Schlussfolgerungen zu den <i>lois Rolland</i>	45
3. Schlussfolgerungen	46
II. Entwicklung des Versorgungsrahmens in den einzelnen Sektoren	47
1. Post	47
a) Etablierung im <i>Ancien Régime</i>	47
b) Führung als <i>régie intéressée</i> nach der Revolution	50
c) Ausbau bis zum Ersten Weltkrieg	51
d) Gründe für die Etablierung als <i>service public</i>	53
e) Wandel im 20. Jahrhundert	54
f) Jüngere Entwicklungen	56
2. Telekommunikation	58
a) Regelung des optischen <i>Chappe</i> -Telegraphen	58
b) Rechtliche Einrahmung des elektrischen Telegraphen	60
c) Aufkommen des Telefons	63
d) Nationalisierung des Telefonwesens	64
e) Schleppender Ausbau des Telefonnetzes	66
f) Schrittweise Verbesserungen in der Nachkriegszeit	68
g) Jüngere Entwicklungen	69
3. Gas	72
a) Bewilligungssystem und Widerstände	72
b) System der Gebietsmonopole	73
c) Konsolidierung unter dem <i>Traité de 1855</i>	75
d) System der <i>régie intéressée</i>	77
e) Nationalisierung nach dem Zweiten Weltkrieg	79
f) Jüngere Entwicklungen	82
4. Elektrizität	84
a) Anfänge und dünner nationaler Rechtsrahmen	84
b) Bewilligungsregime in Paris	85

c) Konzessionierung	87
d) Regelung der Stromtarife	90
e) Ausbau der Stromversorgung in der Zwischenkriegszeit	92
f) Nationalisierung nach dem Zweiten Weltkrieg	93
g) Modalitäten der Leistungserbringung	95
h) Jüngere Entwicklungen	97
5. Eisenbahn	99
a) Verhaltene Anfänge	99
b) System der <i>économie mixte</i>	101
c) Dezidierte staatliche Förderung im Zweiten Kaiserreich	103
d) Der Plan <i>Freycinet</i>	106
e) Vereinheitlichung des Bahnsystems ab 1921	107
f) Verstaatlichung und Gründung der SNCF	108
g) Jüngere Entwicklungen	110
III. Schlussfolgerungen zu den Versorgungspflichten in <i>Frankreich</i>	113
1. <i>Service public</i> als begriffliches Zuhause für die Leistungsverwaltung	113
2. Dogmatische Ursprünge – gerichtliche Handhabung	114
3. Wechselseitigkeit des Verhältnisses zur Praxis	115
4. Rolle des Staates in der Entwicklung	116
5. Gründe für das staatliche Engagement	118
6. Der Ausbau des <i>service public</i>	120
7. Tarifeingriffe	122
8. Rolle von Wettbewerb und Monopol	124
§ 2 Daseinsvorsorge in Deutschland	126
I. <i>Daseinsvorsorge als überdachendes Konzept</i>	126
1. Genese des Begriffs durch <i>Forsthoff</i>	126
2. Einordnung der Darstellung <i>Forsthoffs</i>	129
3. Rezeption des Begriffs	130
4. Folgerungen	133
II. <i>Entwicklung des Versorgungsrahmens in den einzelnen Sektoren</i>	134
1. Post	134
a) Auftragserbringung durch die Familie <i>Taxis</i>	134
b) Erhebung zum Kaiserlichen Postregal	135
c) Entstehung der Deutschen Reichspost	137
d) Deutsche Bundespost	138
e) Jüngere Entwicklungen	139
2. Telekommunikation	140
a) Optische Telegraphie	140
b) Aufkommen der elektrischen Telegraphie	141
c) Regelung der Telegraphie nach der Reichsgründung	143

d)	Etablierung des Telefons	145
e)	Regelung des Telefonwesens nach dem Ersten Weltkrieg	147
f)	Regelung des Telefonwesens unter dem Grundgesetz	149
g)	Jüngere Entwicklungen	149
3.	Gas und Strom	150
a)	Ursprünge der Leistungserbringung im Gasbereich	150
aa)	Privatwirtschaftliche Anfänge	150
bb)	Kommunalisierung der Gasversorgung	152
cc)	Verselbstständigung der kommunalen Unternehmen	153
b)	Ursprünge der Leistungserbringung im Elektrizitätsbereich	154
aa)	Frühe private Leistungserbringung	154
bb)	Kommunale und gemischtwirtschaftliche Aufgabenträger	156
cc)	Verstaatlichungsbestrebungen auf Reichsebene	157
c)	Einheitlicher Rechtsrahmen des Energiewirtschaftsgesetzes von 1935	158
d)	Fortbestand des Regelungsrahmens in der Bundesrepublik Deutschland	160
e)	Regelungsrahmen in der DDR	161
f)	Jüngere Entwicklungen	162
4.	Eisenbahnsektor	163
a)	Staats- vs. Privatbahnprinzip	163
aa)	Ursprüngliche Entwicklung	163
bb)	Generelle rechtliche Einrahmung	165
cc)	Vorgaben aus der Konzessionierung	167
dd)	Eisenbahnkommissäre als institutionelle Vorkehrung	167
b)	Teilweise Vereinheitlichung auf Reichsebene	168
c)	Graduelle Verstaatlichung auf Länderebene	169
d)	Verreichlichung in der Weimarer Republik	172
e)	Neukonzeption nach dem Zweiten Weltkrieg	174
f)	Jüngere Entwicklungen	176
<i>III. Schlussfolgerungen zu den Versorgungspflichten in Deutschland</i>		178
1.	Freischwebendes Konzept der Daseinsvorsorge	178
2.	Frage der staatlichen oder privaten Leistungserbringung	179
3.	Bedeutende Rolle der lokalen Gebietskörperschaften	180
4.	Motive staatlicher Beteiligung an der Leistungserbringung	181
5.	Zusammenhang zur Staatswerdung	182
6.	Rolle von Wettbewerb und Monopol	184
7.	Unterschiedliche verfassungsrechtliche Einrahmung	185
8.	Instrumente zur Sicherstellung der Grundversorgung	186
9.	Existiert ein Modell der Daseinsvorsorge?	187

§ 3 <i>Public utilities</i> in Großbritannien	189
I. Fehlen eines übergreifenden Konzeptes	189
II. Entwicklung des Versorgungsrahmens in den einzelnen Sektoren	190
1. Post	190
a) Das Regime der <i>King's Mail</i>	190
b) Lokale Ergänzungen: Das Beispiel der <i>Penny Posts</i>	191
c) Postreform <i>Rowland Hills</i>	192
d) Gestaltung des Postnetzes und Organisation	194
e) Postmonopol	196
f) Versorgungspflichten	197
g) Jüngere Entwicklungen: Liberalisierung und Privatisierung	198
2. Telekommunikation	200
a) Kostspielige Nationalisierung des Telegraphenwesens	200
b) Mäandernder Umgang mit dem Telefonwesen	201
c) Verstaatlichung	204
d) Privatisierung	205
e) Liberalisierung	206
f) Versorgungsvorgaben	209
g) Jüngere Entwicklungen	211
3. Gas	212
a) Ursprüngliche Regelung der Gasversorgung	212
b) Versorgungsvorgaben	213
c) Von Privilegien zu Gebietsmonopolen	215
d) Ausbau und Verbraucherorientierung des Regelwerks	216
e) Privatisierung und Liberalisierung	218
f) Jüngere Entwicklungen	220
4. Strom	221
a) Ursprüngliches Bewilligungssystem	221
b) Gemeinden als Stromversorger	223
c) Etablierung des <i>national grid-iron</i>	224
d) Nationalisierung in der Nachkriegszeit	225
e) Privatisierung und Liberalisierung	225
f) Jüngere Entwicklungen	226
5. Eisenbahn	228
a) Anfänge und stürmischer Ausbau	228
b) Versorgungsvorgaben	230
c) Weiteres Wachstum und Konzentrationsprozess	232
d) Verstaatlichung in der Nachkriegszeit	233
e) Privatisierung	234
f) Liberalisierung	235
g) Jüngere Entwicklungen	236

<i>III. Schlussfolgerungen zu den Versorgungspflichten in Großbritannien</i>	237
1. Parallelität und Radikalität der Entwicklung der Eigentumsverhältnisse	237
2. Vielzahl der Wege staatlicher Involvierung	239
3. Wandel der Motive	239
4. Versorgungspflichten vor dem Hintergrund von <i>laisser faire</i>	241
5. Preiskontrolle	242
6. Experimentierfreudigkeit	243
7. Vorbildfunktion	243
8. Versorgung durch Wettbewerb	244
§ 4 Schlussfolgerungen zu den mitgliedstaatlichen Versorgungsmodellen	247
<i>I. Parallelen und stille Koordination</i>	247
<i>II. Formen des Wettbewerbs und ihre Bedeutung</i>	249
<i>III. Motive staatlicher Versorgung</i>	251
1. Staatsbezogene Interessen	252
2. (Volks-)Wirtschaftliche Interessen	254
3. Versorgungsinteressen	256
4. Weitere öffentliche Interessen	258
<i>IV. Versorgung als Staatserfahrung</i>	259
<i>V. Mitgliedstaatliches Modell?</i>	261
<i>VI. Grundsatzbasiertheit des Regelungsrahmens</i>	262
<i>VII. Aura des service public</i>	263

Zweiter Teil

Unionsrechtlicher Rahmen

§ 5 Primärrechtliche Vorgaben	267
<i>I. Zwischen Markt- und Versorgungsmodell</i>	267
1. Marktorientierung	267
a) Primärrechtliche Grundlagen	267
b) Zunehmende Fokussierung auf Versorgungsleistungen	268
c) Relevante primärrechtliche Elemente	271
aa) Art. 106 Abs. 1 und 2 AEUV	271
bb) Art. 101 und 102 AEUV	273
cc) Art. 107 und 93 AEUV	274
dd) Diskriminierungsverbote und Grundfreiheiten	277

ee) Grundrechte	278
(1) Allgemeines	278
(2) Unternehmerische Freiheit (Art. 16 GRCh)	279
(3) Berufsfreiheit und Recht zu arbeiten (Art. 15 GRCh)	281
(4) Eigentumsrecht (Art. 17 GRCh)	281
2. Versorgungsorientierung	284
a) Soziale Ausrichtung des Werte- und Zielkanons der EU	284
aa) Grundzüge des Zielgeflechts	284
bb) Einzelne Bestandteile mit Blick auf ein „europäisches Sozialmodell“	285
b) Tragweite von Art. 14 AEUV und Protokoll Nr. 26	287
aa) Genese	287
bb) Regelungsinhalte von Art. 14 AEUV und Protokoll Nr. 26	289
(1) Natur und Ziel der Bestimmungen	289
(2) Geltungsbereich der Bestimmungen	290
(3) Normative Tragweite	291
c) Grundrechtsgewährleistung (Art. 36 GRCh)	293
aa) Grundsatz	293
bb) Anwendungsbereich	293
cc) Respektierungspflicht	294
3. Art. 106 Abs. 2 AEUV als Dreh- und Angelpunkt	295
a) Zweck und Natur der Bestimmung	295
b) Anwendungsbereich und Mechanik der Bestimmung	296
c) Anwendungsvoraussetzungen	298
aa) Betrauung eines Unternehmens mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	298
(1) Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	298
(i) Definitionsanläufe	298
(ii) Konturierung gemäß der Rechtsprechung	300
(2) Betrauung	303
bb) Verhinderung der Aufgabenerfüllung	304
cc) Keine Beeinträchtigung der Entwicklung des Handelsverkehrs und Unionsinteresse	308
d) Rechtsfolge: Möglichkeit der Abweichung vom Unionsrecht	309
e) Verhältnis zum Sekundärrecht	310
aa) Allgemeines	310
bb) Zusammenspiel in der Rechtsetzung	310
cc) Zusammenspiel in der Rechtsanwendung	312
f) Schlussfolgerungen	314
<i>II. Kompetenznormen</i>	<i>315</i>
1. Allgemeines	315
2. Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	317
a) Art. 106 Abs. 3 AEUV	317
b) Art. 14 Satz 2 AEUV	319

3. Rechtsangleichung	321
a) Art. 114 AEUV	321
b) Art. 53 Abs. 1 i.V.m. Art. 62 sowie Art. 59 Abs. 1 AEUV	322
c) Praxis	322
4. Sektorvorschriften	325
a) Art. 91 Abs. 1 AEUV	325
b) Art. 194 Abs. 2 AEUV	327
5. Weitere Kompetenzgrundlagen	327
a) Art. 170 ff. AEUV	327
b) Art. 109 AEUV	328
<i>III. Schutz der innerstaatlichen Eigentumsordnung</i> (Art. 345 AEUV)	329
1. Ursprung der Vorschrift	329
2. Auslegung der Vorschrift	330
3. Implikationen für die öffentliche Versorgung	331
4. Folgerungen	333
<i>IV. Transeuropäische Netze</i>	334
1. Begriff und Genese der Vorschriften	334
2. Ziele und Rahmen der transeuropäischen Netze	335
3. Instrumente zur Umsetzung	336
4. Folgerungen	338
<i>V. Schlussfolgerungen zu den primärrechtlichen Grundlagen</i>	339
1. Zu Breite und Dichte der primärrechtlichen Grundlagen	339
2. Vergleich zur verfassungsrechtlichen Einrahmung in den Mitgliedstaaten	341
3. Primärrechtliche Zurückhaltung gegenüber den Mitgliedstaaten	342
4. Wirtschaftsmodell	343
5. Interdependenzen zwischen Primär- und Sekundärrecht: Aufwärtsprägung	345
§ 6 Grundelemente der Sektorregelungen	347
<i>I. Natürliche Monopole, Wettbewerb und Werkzeugkasten der Regulierung</i>	347
1. Grundentscheidung für den Wettbewerb	347
2. Regulierungserfordernis der Netzwerkindustrien aufgrund des Vorliegens natürlicher Monopole	349
3. Werkzeugkasten des sektoriellen Sekundärrechts	350
<i>II. Marktöffnung</i>	351
1. Allgemeines	351
2. Telekommunikation	352
a) Segmentweise Marktöffnung	352
b) Begleitende Harmonisierung	356

c) Bemerkungen	356
3. Postbereich	357
a) Primärrechtliche Erwägungen	357
b) Sekundärrechtliche Erfassung	358
c) Sekundärrechtliche Weiterentwicklung der Marktöffnung	361
d) Sekundärrechtliche Vollendung der Marktöffnung	362
e) Bemerkungen	362
4. Elektrizitäts- und Gasbereich	363
a) Frühe Anläufe gestützt auf das Primärrecht	363
b) Schrittweise Liberalisierung gestützt auf das Sekundärrecht	365
c) Bemerkungen	368
5. Eisenbahnbereich	369
a) Frühe Regelungen: Sanierung, Wettbewerb und Kooperation	369
b) Richtlinie 91/440 als Grundstein europäischer Eisenbahnpolitik	371
c) Liberalisierung des Güterverkehrs durch das erste und zweite Eisenbahnpaket	372
d) Liberalisierung des internationalen Personenverkehrs durch das dritte Eisenbahnpaket	373
e) „Vollendung“ der Liberalisierung im vierten Eisenbahnpaket	374
f) Fazit	376
<i>III. Marktzugang</i>	<i>378</i>
1. Allgemeines	378
2. Telekommunikationsbereich	378
3. Postbereich	381
4. Elektrizitäts- und Gasbereich	383
5. Eisenbahnbereich	385
6. Folgerung	386
<i>IV. Zugang zur Infrastruktur als Instrument</i>	<i>387</i>
1. Allgemeines	387
2. Telekommunikationsbereich	388
3. Postbereich	390
4. Elektrizitäts- und Gasbereich	392
5. Eisenbahnbereich	396
<i>V. Mögliche Trennungsvorgaben</i>	<i>399</i>
1. Allgemeines	399
2. Telekommunikationsbereich	401
3. Postbereich	402
4. Elektrizität- und Gasbereich	403
5. Eisenbahnbereich	406
<i>VI. Leistungserbringer als unabhängige Unternehmen</i>	<i>410</i>
<i>VII. Institutionelle Strukturen</i>	<i>415</i>
1. Segmentierung des Behördengefüges	415

2. Telekommunikation	417
3. Postbereich	418
4. Elektrizitäts- und Gasbereich	420
5. Eisenbahnbereich	423
<i>VIII. Schlussfolgerungen</i>	<i>427</i>
1. Europäisierung der Sektorregelung	427
2. Ähnlichkeit und Kontinuität der Regelungsmuster	428
3. Formell-struktureller Ansatz	429
4. Kohärenz und Spannungsfelder des Regelungsansatzes	429

Dritter Teil

Gestaltungselemente der Versorgungspflichten

§ 7 Ursprünge und Entwicklung der Versorgungspflichten . . .	435
<i>I. Ausgangspunkt der Darstellung</i>	<i>435</i>
<i>II. Telekommunikationsbereich</i>	<i>435</i>
1. Frühe Erwägungen	435
2. Grundsteinlegung in der Richtlinie 95/62 (Sprachtelefondienstrichtlinie)	439
3. Konkretisierung und Ergänzung in der Richtlinie 97/33 (Zusammenschaltungsrichtlinie)	440
4. Neufassung in der Richtlinie 98/10 (ONP-Richtlinie)	441
5. Kodifizierung durch die Richtlinie 2002/22 (Universaldienstrichtlinie)	444
6. Punktuelle Weiterentwicklung und Ergänzung durch die Richtlinie 2009/136 (Rechte der Bürger-Richtlinie)	446
7. Ausbau, Rückbau und teilweise Vollharmonisierung durch die Richtlinie 2018/1972 (EKEK)	448
8. Schlussfolgerungen	448
<i>III. Postbereich</i>	<i>449</i>
1. Frühe Erwägungen	449
2. Richtlinie 97/67	450
3. Retuschen durch die Richtlinie 2002/39	453
4. Umbau des Regelwerks durch die Richtlinie 2008/6	454
5. Grenzüberschreitende Paketdienste: Verordnung 2018/644	456
6. Schlussfolgerungen	456
<i>IV. Energiebereich</i>	<i>457</i>
1. Frühe Erwägungen	457
2. Vorläuferregelungen	458
3. Erstes Regelungspaket: Richtlinien 96/92 und 98/30	459
a) Jahre der Diskussion	459

b) Errichtung des ersten Rahmens für den Energiebinnenmarkt . . .	460
c) Fazit	462
4. Zweites Regelungspaket: Richtlinien 2003/54 und 2003/55	463
a) Vollendung der Liberalisierung und Stärkung der gemeinwirtschaftlichen Ziele	463
b) Neuerungen im Einzelnen	464
aa) Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen	464
bb) Grundversorgungspflicht	464
cc) Verbraucherschutz	465
dd) Konzept schutzbedürftiger Kunden	466
ee) Weitere Vorgaben zum behördlichen Gefüge	466
c) Fazit	468
5. Drittes Regelungspaket: Richtlinien 2009/72 und 2009/73	469
a) Allgemeines	469
b) Wechselmöglichkeiten	469
c) Vertiefung des Konzepts schutzbedürftiger Kunden	470
d) Ausbau der Informationspflichten	471
e) Durchsetzungsmechanismen und -kompetenzen	472
f) Fazit	474
6. Neufassung im Rahmen des Maßnahmenpakets „Saubere Energie für alle Europäer“: Richtlinie 2019/944	474
a) Ursprüngliche Stoßrichtungen der Vorlage	474
b) Freie Versorgerwahl und Marktpreise	475
c) Wechselprozedere	476
d) Verbraucherrechte	476
e) Schutzbedürftige Kunden und Energiearmut	477
f) Aktivierung der Verbraucherinnen und Verbraucher	478
g) Fazit	479
7. Schlussfolgerungen	479
<i>V. Eisenbahnbereich</i>	<i>481</i>
1. Vorläuferregelungen	481
2. Richtlinie 91/440: Augenmerk auf den Binnenmarkt	483
3. Verordnung 1893/91: Weiterer Spielraum für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen	484
4. Erstes und zweites Eisenbahnpaket: Vertiefung des Ansatzes der Richtlinie 91/440	485
5. Drittes Eisenbahnpaket: Passagierrechte und Vergabe von Personenverkehrsdiensten	486
6. Viertes Eisenbahnpaket	490
7. Verordnung 2021/872 zur Neufassung der Verordnung 1371/2007	492
8. Schlussfolgerungen	494
<i>VI. Schlussfolgerungen</i>	<i>496</i>
1. Unterschiede in der Entstehung	496
2. Gemeinsamkeiten in der Entstehung	497

3. Innovationskraft	498
4. Vielfalt der Motive	498
5. Oszillierendes Verhältnis zum Markt	501
6. Entwicklung und Versorgungswende	502
§ 8 Versorgungspflichten und zulässige gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen	504
<i>I. Grundstock vs. Gestaltungsraum der Versorgung</i>	504
1. Unterscheidung	504
2. Briefpost als Beispiel	505
3. Anwendbarer Rechtsrahmen	506
<i>II. Versorgungspflichten und deren Umfang</i>	507
1. Unionsrechtliche Versorgungspflichten	507
a) Grundlagen	507
b) Regelung in den Sektoren	508
c) Schlussfolgerungen	511
2. Verpflichtungsumfang	513
a) Umfang in persönlicher Hinsicht	513
b) Umfang in sachlicher Hinsicht	514
aa) Telekommunikationsbereich	514
bb) Postbereich	517
cc) Energiebereich	519
dd) Eisenbahnbereich	519
c) Umfang in geographischer Hinsicht	520
d) Umfang in zeitlicher Hinsicht	523
e) Weitere Aspekte	524
f) Schlussfolgerungen	525
<i>III. Zulässige gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen</i>	526
1. Ausgangspunkt: Der Rahmen zulässiger Solidarität	526
2. Spielarten	526
3. Konkrete Artikulierung in den einzelnen Sektoren	528
a) Ausgangspunkt	528
b) Telekommunikationsbereich	528
aa) Universaldienst	529
bb) Zusätzliche Pflichten	530
cc) Endnutzerrechte	531
dd) Folgerungen	531
c) Postbereich	531
d) Elektrizitätsbereich	533
e) Gasbereich	535
f) Eisenbahn	536
4. Sektorvergleich	537
<i>IV. Schlussfolgerungen</i>	538

§ 9 Wege der Sicherstellung der Versorgung	540
I. Versorgungsziel als Ausgangspunkt	540
II. Sektorregelungen im Einzelnen	541
1. Postbereich	541
2. Telekommunikationsbereich	543
3. Strombereich	546
4. Gasbereich	549
5. Eisenbahnbereich	550
III. Schlussfolgerungen	562
1. Mehrzahl der Ansätze – Gestaltungsspielräume der Mitgliedstaaten	562
2. Spielarten der Ansätze	563
3. Außerhalb der Reihe: Eisenbahnsektor	564
4. Marktorientierung	566
§ 10 Qualität der Leistungserbringung	568
I. Allgemeines	568
II. Leistungsparameter im Einzelnen	570
1. Zugänglichkeit	570
2. Kontinuität	572
a) Ursprünge und Ausrichtung	572
b) Sektorregelungen	573
c) Folgerungen	577
3. Zuverlässigkeit/Qualität im engeren Sinne	578
a) Ursprünge und Ausrichtung	578
b) Sektorregelungen	579
aa) Telekommunikationsbereich	579
(1) Allgemeines	579
(2) Generelle Qualitätsvorschriften	579
(3) Qualitätsvorschriften im Universaldienst	580
(4) Spezifische Qualitätsvorschriften	581
bb) Postbereich	581
cc) Energiebereich	584
dd) Eisenbahnbereich	585
c) Folgerungen	590
4. Sicherheit	591
a) Eisenbahnbereich	591
b) Postbereich	592
c) Telekommunikationsbereich	593
d) Energiebereich	596
e) Vergleich	598
5. Transparenz	599

a) Allgemeines	599
b) Informationen zuhanden der Nutzerinnen und Nutzer	599
c) Informationen zuhanden der Öffentlichkeit	601
d) Informationen gegenüber den Behörden	602
e) Folgerungen	603
<i>III. Um- und Durchsetzung der Qualitätsstandards</i>	<i>605</i>
1. Allgemeines	605
2. Transparenzbasierte Umsetzungsmechanismen	606
3. Mechanismen der Rechtsdurchsetzung durch die Behörden	606
4. Mechanismen der Rechtsdurchsetzung durch die Nutzerinnen und Nutzer	608
5. Folgerungen	609
<i>IV. Schlussfolgerungen</i>	<i>609</i>
1. Begründung des Qualitätsrahmens	609
2. Besteht ein europäisches Qualitätsmodell?	611
3. Rolle der Qualitätsinformationen	611
4. Qualität durch Technik	611
5. Wirksamkeit des Qualitätsrahmens	612
6. Qualität und die „Seele“ des <i>service public</i>	612
7. Qualität und Markt	614
§ 11 Preise und Tarife	615
<i>I. Ausgangspunkt: Freie Preisgestaltung vs. Preisregulierung</i>	<i>615</i>
1. Von Nutzen und Problemen freier Preissetzung	615
2. Staatliche Eingriffe in die Preisbildung	616
3. Unionsrechtliche Ansätze	616
<i>II. Stoßrichtung der Liberalisierung: Eindämmung der Preisregulierung</i>	<i>618</i>
<i>III. Schutzstoßrichtung: Ermöglichung von Eingriffen</i>	<i>622</i>
1. Allgemeines	622
2. Unionsrechtliche Kompetenzgrundlagen	622
a) Beobachtungspflichten	622
b) Eingriffsmechanismen nach Sektoren	623
aa) Überblick	623
bb) Umfassende Universaldienst- bzw. Grundversorgungs- ansätze (Post und Gas)	623
cc) Zielgerichtete Universaldienst- bzw. Grundversorgungs- ansätze (Telekommunikation und Strom)	624
(1) Allgemeines	624
(2) Telekommunikationsbereich	625
(3) Strombereich	627
(4) Folgerungen	629
dd) Leistungsbezogener Ansatz (Eisenbahn)	629

3. Instrumentarium	631
a) Allgemeines: Ex-ante- und Ex-post-Regulierung	631
b) Preisfestlegung	632
c) <i>Rate-of-return</i> -Regulierung	633
d) <i>Price-cap</i> -Regulierung	636
aa) Allgemeines	636
bb) Parameter	637
cc) Vor- und Nachteile	639
dd) Fazit	641
e) <i>Yardstick</i> -Regulierung	641
4. Praxis	642
a) Allgemeines	642
b) Elektrizitäts- und Gasbereich	643
c) Telekommunikationsbereich	644
d) Eisenbahnbereich	644
e) Postbereich	645
<i>IV. Unionsvorgaben zur Preisgestaltung</i>	<i>646</i>
1. Allgemeines	646
2. Erschwinglichkeit	647
a) Allgemeines	647
b) Impliziter Standard	648
c) Klassischer Standard	648
d) Differenzierter bzw. marktorientierter Standard	649
3. Einheitliche Tarife	651
4. Entfernungsunabhängigkeit	653
5. Kostenorientierung	653
a) Sektorregelungen	653
b) Ziel und Tragweite des Standards	656
6. Transparenz	657
a) Sektorregelungen	657
b) Ziel und Tragweite des Standards	660
7. Nichtdiskriminierung	661
a) Sektorregelungen	661
b) Ziel und Tragweite des Standards	663
8. Weitere materielle Standards	665
9. Folgerungen	666
a) Klassische vs. marktorientierte Grundsätze	666
b) Differenzierungen	667
c) Überschneidungen und Zielkonflikte	667
d) Spannungsfeld zur freien Preisbildung	668
<i>V. Preisfestlegungen im Unionsrecht</i>	<i>668</i>
1. Allgemeines	668
2. Kategorien	669
a) Nebenleistungen mit Wettbewerbsstoßrichtung	669
b) Nebenleistungen mit Schutzstoßrichtung	670

c) Preisregulierung der Hauptleistung: Roaminggebühren im Mobilfunkbereich	670
aa) Ursprung und Ziel der Regelung	670
bb) Geltendes Regelungsregime	672
cc) Geltungsdauer und Tragweite	675
d) Preisregulierung der Hauptleistung: Intra-EU-Kommunikation	676
aa) Grundsatz und Zielsetzung	676
bb) Regelung im Detail	677
cc) Befristung und Tragweite	678
e) Perspektive: Mögliche Preisregulierung der grenzüberschreitenden Paketzustellung	678
<i>VI. Schlussfolgerungen</i>	680
1. Grundsatz der freien Preisfestlegung im Widerstreit	680
2. Eigenständiger unionsrechtlicher Ansatz	681
3. Unionseingriffe gemessen am eigenen Maßstab	681
4. Verlagerung der Eingriffe ins Unionsrecht	682
 § 12 Sondervorschriften für bestimmte Nutzergruppen	684
<i>I. Allgemeines</i>	684
<i>II. Primär- und völkerrechtlicher Rahmen der Regelungen</i>	685
<i>III. Sektorregelungen</i>	686
1. Telekommunikationsbereich	686
a) Ziele	686
b) Schutzkategorien	687
c) Schutzmaßnahmen für Personen mit geringem Einkommen oder besonderen sozialen Bedürfnissen	688
d) Schutzmaßnahmen für Personen mit Behinderungen	690
aa) Gleichwertigkeit als Leitmotiv	690
bb) Gleichwertigkeit im Zugang	691
cc) Gleichwertigkeit in der Auswahl	693
dd) Allgemeine Maßnahmen zur Gewährleistung der Gleichwertigkeit	694
e) Folgerungen	695
2. Elektrizitäts- und Gasbereich	697
a) Ziele	697
b) Schutzkategorien	698
aa) Schutzbedürftigkeit	698
bb) Von Energiearmut betroffene Personen	699
cc) Anderweitig schutzbedürftige Personen	700
dd) Kunden in abgelegenen Gebieten	700
ee) Umgang mit juristischen Personen und Folgerungen	701
c) Maßnahmen für schutzbedürftige Kunden im Allgemeinen	702
d) Maßnahmen für Kunden in abgelegenen Gebieten	704

e) Folgerungen	705
3. Eisenbahnbereich	706
a) Ziele	706
b) Personenkategorien	707
c) Gewährleistungen durch Fahrgastrechte	708
d) Tarifliche Privilegierungen	711
e) Folgerungen	711
4. Postbereich	712
a) Völkerrechtlicher Kontext, Ziele und Schutzkategorie	712
b) Schutzmaßnahme	714
c) Folgerungen	714
<i>IV. Schlussfolgerungen</i>	<i>715</i>
1. Einheitliches Regelungsmuster	715
2. Divergenzen zwischen den Regelungen	715
3. Verhältnismäßigkeit als Grundmotiv	716
§ 13 Informationspflichten	718
<i>I. Allgemeines</i>	<i>718</i>
1. Spielarten	718
2. Zielsetzungen	719
3. Zusammenspiel mit dem weiteren Verbraucherschutzrecht	719
a) Informationsparadigma	719
b) Dienstleistungsrichtlinie und Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr	720
c) Verbraucherrechterichtlinie	721
d) Verordnung zum <i>Single Digital Gateway</i>	723
e) Folgerungen zum Fokus der Untersuchung	723
<i>II. Sektorregelungen</i>	<i>724</i>
1. Telekommunikation	724
a) Informationspflichten gegenüber den Nutzerinnen und Nutzern	724
aa) (Vor-)Vertragliche Informationen	724
bb) Nutzerinformationen während der Inanspruchnahme des Dienstes	727
cc) Informationen über die Rechte und ihre Durchsetzung	728
dd) Weitere Informationspflichten	729
ee) Folgerungen	729
b) Informationspflichten gegenüber und zwischen Behörden	730
aa) Informationspflichten der Unternehmen	730
bb) Informationspflichten zwischen den Behörden	731
cc) Folgerungen	732
c) Informationspflichten gegenüber der Öffentlichkeit	733
d) Folgerungen	734
2. Elektrizität und Gas	735

a) Informationspflichten gegenüber den Nutzerinnen und Nutzern	735
aa) (Vor-)Vertragliche Informationen	736
bb) Nutzerinformationen während des Dienstes	737
cc) Informationen über die Rechte und ihre Durchsetzung	739
dd) Folgerungen	741
b) Informationspflichten gegenüber und zwischen Behörden	741
aa) Informationspflichten der Unternehmen	741
bb) Informationspflichten zwischen den Behörden	742
c) Informationspflichten gegenüber der Öffentlichkeit	743
d) Folgerung	744
3. Post	744
a) Informationspflichten gegenüber den Nutzerinnen und Nutzern	744
b) Informationspflichten gegenüber und zwischen Behörden	745
aa) Informationspflichten der Unternehmen	745
bb) Informationspflichten zwischen den Behörden	746
c) Informationspflichten gegenüber der Öffentlichkeit	748
d) Folgerungen	750
4. Eisenbahn	751
a) Informationspflichten gegenüber den Nutzerinnen und Nutzern	751
aa) (Vor-)Vertragliche Informationen	751
bb) Nutzerinformationen während des Dienstes	752
cc) Informationen über die Rechte und ihre Durchsetzung	753
dd) Folgerungen	753
b) Informationspflichten gegenüber und zwischen Behörden	754
aa) Informationspflichten der Unternehmen	754
bb) Informationspflichten zwischen den Behörden	755
c) Informationspflichten gegenüber der Öffentlichkeit	757
<i>III. Schlussfolgerungen</i>	<i>759</i>
1. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Sektoren	759
2. Zusammenspiel mit dem allgemeinen Verbraucherrecht	760
3. <i>Customer empowerment</i> als überdachendes Ziel	761
4. Regelungsziel „gläserner Dienste“?	761
5. Umfang und Nützlichkeit von Nutzerinformationen	762
6. „Marktspin“ der Informationspflichten	764
§ 14 Auswahl- und Wechsellmöglichkeiten	766
I. <i>Allgemeines</i>	<i>766</i>
II. <i>Telekommunikation</i>	<i>768</i>
III. <i>Energierrecht</i>	<i>773</i>
IV. <i>Eisenbahn</i>	<i>779</i>
V. <i>Post</i>	<i>782</i>

VI. <i>Schlussfolgerungen</i>	783
1. Wahlmöglichkeiten als Teil des europäischen <i>service public</i> bzw. der europäischen Daseinsvorsorge	783
2. Unterschiedliches Gewicht in der Gesetzgebung	784
3. Unterschiedliche Bedeutung der freien Wahl?	785
4. Wirkungen des Auswahlinstrumentariums	786
5. Auslagerung des Wechsels	788
§ 15 <i>Vertragsgestaltung</i>	789
I. <i>Allgemeines</i>	789
1. Grundsatz	789
2. Zusammenspiel mit allgemeinen Vorschriften des europäischen Vertrags- und Verbraucherschutzrechts	789
a) Allgemeines	789
b) Verbraucherrechterichtlinie	790
c) Die Klausel-Richtlinie	791
d) Weitere Rechtsakte	793
e) Folgerung	795
II. <i>Rechtsnatur des Verhältnisses</i>	796
III. <i>Vorvertragliche Pflichten</i>	797
IV. <i>Vertragsform</i>	798
V. <i>Vertragsbindung</i>	799
VI. <i>Vertragsinhalte</i>	802
VII. <i>Weitere Vertragsmodalitäten</i>	803
1. Zahlungsmodalitäten und Vertriebswege	803
2. Umgang mit Zahlungsverzug	805
3. Einseitige Änderungen der Vertragsbedingungen	806
VIII. <i>Vertragsstreitigkeiten und Leistungsstörungen</i>	810
IX. <i>Schlussfolgerungen</i>	811
1. Kontraktualisierung	811
2. Einheitlichkeit des Regelungsmusters	812
3. Außen Vertrag – innen Reglement?	814
§ 16 <i>Rechtsdurchsetzung durch die Nutzerinnen und Nutzer</i>	815
I. <i>Allgemeines</i>	815
II. <i>Zum Zusammenspiel der unterschiedlichen Verfahren</i>	816

III. Sektorregelungen im Einzelnen	817
1. Telekommunikationsbereich	817
2. Postbereich	819
3. Elektrizitätsbereich	820
4. Gasbereich	821
5. Eisenbahnbereich	823
IV. Schlussfolgerungen	824
1. Gemeinsamkeiten und Unterschiede	824
2. Modell der Rechtsdurchsetzung	825
§ 17 Rechtsverhältnis zwischen Staat und Betrauten	827
I. Zwecke der Formalisierung	827
II. Form des Rechtsverhältnisses	828
III. Inhalte des Rechtsverhältnisses	829
1. Allgemeines	829
2. Katalog der Regelungsinhalte	829
3. Dienstleistungsverträge im Eisenbahnbereich insbesondere	831
IV. Vertragslaufzeit	832
1. Der grundlegende <i>trade-off</i>	832
2. Sektorregelungen im Einzelnen	833
3. Vergleichende Betrachtungen	837
V. Schlussfolgerungen	838
1. Verrechtlichung und Formalisierung	838
2. Rolle des Unionsrechts	839
3. Tendenz zur Konvergenz?	839
§ 18 Abgeltung und Finanzierung der Leistungen	840
I. Beihilfenrechtlicher Rahmen	840
1. Grundsätzliches Beihilfeverbot	840
2. Voraussetzungen für die Anwendung des Beihilfeverbots	841
a) Beihilfebegriff im Allgemeinen	841
b) Unternehmen	842
c) Begünstigung	843
d) Staatliche Mittel	844
e) Selektivität	844
f) Wettbewerbsverfälschung und Auswirkungen auf den zwischenstaatlichen Handel	845
g) Folgerungen	846
3. Art. 93 AEUV: Sonderregelung für den Verkehrsbereich	846
4. Ausschluss der Beihilfe: <i>Altmark Trans</i>	847

5. Erleichtertes Regime: De-minimis-Verordnung und DAWI-Beschluss	849
6. Ansonsten: Notifizierung im DAWI-Rahmen	851
<i>II. Sektorrechtliche Voraussetzungen staatlicher Finanzierung</i>	<i>855</i>
1. Abgeltungsmechanismen	855
a) Post	855
b) Telekommunikation	857
c) Elektrizität und Gas	859
d) Eisenbahn	859
aa) Vergabe- und Abgeltungsmodi	859
bb) Regelungsrahmen	860
(1) Anwendungsbereich und Regelungszweck	860
(2) Öffentlicher Dienstleistungsauftrag als primäre Form	861
(3) Obligatorische Inhalte öffentlicher Dienstleistungsaufträge	862
(4) Folgerung: Sekundärrechtliches Sonderregime	864
cc) Seitenblick: Infrastrukturbereich	864
2. Berechnung der Abgeltung	865
a) Nettokosten im Post- und Telekommunikationsbereich	865
aa) Regelungen	865
bb) Spezifische Fragestellungen	868
(1) Vorteile der Universaldiensterbringung	868
(2) Vermeidung der Doppelzählung	869
(3) Anreize für Kosteneffizienz	869
(4) Anspruch auf angemessenen Gewinn	870
(5) Buchhaltungsvorgaben	871
(6) Folgerungen	872
cc) Methoden	873
dd) Praxis	877
b) Primärrechtlicher Rahmen im Elektrizitäts- und Gasbereich	878
c) Nettoeffekt im Eisenbahnbereich	878
aa) Allgemeines	878
bb) Formel zur Berechnung des Nettoeffekts	879
cc) Einzelfragen	880
3. Folgerungen	883
<i>III. Finanzierungsmodelle</i>	<i>885</i>
1. Überblick der Regelungsregime	885
2. Sektorregelungen	886
a) Postbereich	886
b) Telekommunikationsbereich	888
c) Energiebereich	889
d) Eisenbahnbereich	890
3. Finanzierung über Sektorbeiträge im Besonderen	892
a) Ausrichtung und Ursprung	892
b) Funktionsweise des Mechanismus	893

aa) Verfahren	893
bb) Beitragssubjekte	895
(1) Postbereich	895
(2) Telekommunikationsbereich	897
cc) Finanzierungsbasis	898
(1) Mögliche Parameter	898
(2) Postbereich	899
(3) Telekommunikationsbereich	901
dd) Beitragshöhe und Beitragsvolumen	901
ee) Beitragsberechtigung	902
c) Verwaltung des Fonds	903
4. Praxis	903
<i>IV. Schlussfolgerungen</i>	906
1. Doppelte Varianz	906
2. Breite der Finanzierungsbasis und Konturen der Solidarität	907
3. Nutzerfinanzierung	908
4. Entwicklungsperspektiven: Zwischen vollständiger Individualisierung und Stärkung der Kollektivität	909

Vierter Teil

Schlussfolgerungen

§ 19 Charakteristiken des europäischen Versorgungssystems	915
<i>I. Versorgungssystem mit vielen Gesichtern</i>	915
1. Unterschiedliche Ausrichtungen des Versorgungssystems	915
2. Versorgungssystem als organisch gewachsenes Konstrukt	917
<i>II. Verhältnis zum Markt</i>	917
1. Markt als Bezugsgröße	917
2. Markt als integraler Bestandteil	919
3. Markt als Entwicklungsfaktor	921
<i>III. Zentrale Merkmale des Versorgungssystems</i>	924
1. Effizienz als Gravitationszentrum	924
2. Ausrichtung auf die Nutzerinnen und Nutzer	927
3. Vertrag als zentrales Gestaltungselement	931
4. Transparenz als Schlüsselinstrument	932
5. Outputorientierung vs. Regelung durch Technik	934
6. Technokratischer Charakter	937
7. „Seelenlosigkeit“ des Versorgungsansatzes	941
8. Individualisierung statt Einheitlichkeit	943
9. <i>Lois du service public européen?</i>	947

§ 20 Europäischer <i>service public in statu nascendi</i> ?	949
I. Gesamtsystem und Entwicklungsperspektiven	949
II. Rahmenordnung der Versorgung	949
III. Begründung europäischer Präsenz	951
IV. Dimensionen der weiteren Entwicklung	954
V. Funken der Staatlichkeit?	956
Literaturverzeichnis	959
Materialienverzeichnis	978
Sach- und Personenregister	981

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
ACER	Agency for the Cooperation of Energy Regulators
AEG	Allgemeines Eisenbahngesetz vom 27. Dezember 1993 (Deutschland)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Aktiengesellschaft
AJDA	Actualités Juridiques de Droit Administratif
ANODE	Association nationale des opérateurs détaillants en énergie (Frankreich)
APREI	Association du personnel relevant des établissements pour inadaptés (Frankreich)
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Bd.	Band
Benelux	Belgien, Niederlande, Luxemburg
BEREC	Body of European Regulators for Electronic Communications
BGBI.	Bundesgesetzesblatt (Deutschland)
BGH	Bundesgerichtshof (Deutschland)
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen (Deutschland)
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen (Deutschland)
Bst.	Buchstabe
BT	British Telecom
BT-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundestages
BVerfG	Bundesverfassungsgericht (Deutschland)
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (Deutschland)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts (Deutschland)
bzw.	beziehungsweise
c/	contre
CAA	Cour administrative d'appel (Frankreich)
CAPM	Capital Asset Pricing Model
CE	Conseil d'État (Frankreich)
CEEP	Europäischer Zentralverband der öffentlichen Wirtschaft
CEER	Council of European Energy Regulators
CEN	Comité Européen de Normalisation
CENELEC	Comité Européen de Normalisation Electronique
ch.	chapter
CIV	Convention internationale concernant le transport des voyageurs par chemin de fer
CMLR	Common Market Law Review
Co.	Company
COCOM	Kommunikationsausschuss (EU)
COD	ordentliches Gesetzgebungsverfahren (EU)
col.	collection
Cons. const.	Conseil constitutionnel (Frankreich)

consid.	considérant
COTIF	Convention relative aux transports internationaux ferroviaires
CPDE	Compagnie parisienne de distribution d'électricité
CSI	Common safety indicators
CSIRT	Computer Security Incident Response Team
CSM	Common safety methods
CST	Common safety targets
DAWI-Beschluss	Beschluss 2012/21 der Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 AEUV auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind
DAWI-Leitfaden	Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen, Leitfaden zur Anwendung der Vorschriften der EU über staatliche Beihilfen, öffentliche Aufträge und den Binnenmarkt auf Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, SWD(2013) 53 final/2
DAWI-Rahmen	Mitteilung der Kommission vom 12. Januar 2012, Rahmen der EU für staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen (2011), 2012/C 8/03
DC	Décisions constitutionnelles (Frankreich)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
déc.	décembre
ders.	derselbe
DG	Directorate-General
DGT	direction générale des Télécommunications
DHL	von <i>Adrian Dalsey</i> , <i>Larry Hillblom</i> und <i>Robert Lynn</i> gegründeter Paket- und Brief-Express-Dienst
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
DIN	Deutsches Institut für Normung
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
ebd.	ebenda
EBIT	earnings before interest and taxes
ECLI	European Case Law Identifier
EDF	Électricité de France
Edw.	Edward
EECC	European Electronic Communications Code (RL 2018/1972)
EG	Europäische Gemeinschaften
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSV	Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGV	Vertrag über die Europäische Gemeinschaft
EIBV	Eisenbahninfrastruktur-Benutzungsverordnung vom 17. Dezember 1997 (Deutschland)
EKEK	Europäischer Kodex für die elektronische Kommunikation
ELB	Anordnung über die Lieferung von Elektroenergie, Gas und Wärmeenergie an die Bevölkerung vom 18. November 1976 (DDR)
Eliz.	Elizabeth
EN	Europäische Norm
ENA	École nationale d'administration (Frankreich)
endg.	endgültig
ENISA	European Union Agency for Cybersecurity
ENTSO	Verband Europäischer Netzbetreiber
ENTSO-E	Verband Europäischer Übertragungsnetzbetreiber für Elektrizität

ENTSO-G	Verband Europäischer Fernleitungsnetzbetreiber für Gas
EPIC	établissement public à caractère industriel et commercial
ERA	European Railway Agency
ERegG	Eisenbahnregulierungsgesetz vom 29. August 2016 (Deutschland)
ERGP	European Regulators Group for Postal Services
ERTMS	European Rail Traffic Management System
et al.	et alii/aliae/alia
ETSI	European Telecommunications Standards Institute
EU	Europäische Union
EuG	Europäisches Gericht
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EU-VNBO	Europäische Organisation der Verteilernetzbetreiber
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWU	Europäischer Wirtschaftsraum
f.	folgende
FAC	Fully Allocated Costs
F.D.P.	Freie Demokratische Partei
ff.	fortfolgende
FOC	Freight Operating Company
GBl. DDR	Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik
GDF	Gaz de France
Geo.	George
GEREK	Body of European Regulators for Electronic Communications
GG	Grundgesetz (Deutschland)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GS	Gesetzessammlung (Preußen)
GSM	Global System for Mobile Communications
GWB	Gesetz über Wettbewerbsbeschränkungen vom 27. Juli 1957 (Deutschland)
HC	House of Commons parliamentary papers
Hrsg.	Herausgeber
IBOR	Interbank Offered Rate
i.e.S.	im engeren Sinne
insb.	insbesondere
ISDN	Integrated Services Digital Network
ISO	Independent System Operator
IT	Informationstechnik
ITO	Independent Transmission Operator
i.V.m.	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiteren Sinne
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
KOM	Europäische Kommission
lit.	litera
LNG	liquefied natural gas
LOTI	Loi d'orientation des transports intérieurs (Frankreich)
LRIC	Long Run Incremental Cost
ltd.	Private company limited by shares
Mio.	Million(en)
MMS	Multimedia Messaging Service
Mrd.	Milliarde(n)
NATO	North Atlantic Treaty Organization

NJW	Neue Juristische Wochenschrift
n°	numéro
No.	number
Nr.	Nummer
NRA	National Regulatory Authority
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
o.Ä.	oder Ähnliches
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
OFCOM	Office of Communications (Großbritannien)
Ofgem	Office of Gas and Electricity Markets (Großbritannien)
OFTEL	Office of Telecommunications (Großbritannien)
ONP	Open Network Provision
plc	Public limited company
PostG	Postgesetz vom 22. Dezember 1997 (Deutschland)
PostUmwG	Postumwandlungsgesetz vom 14. September 1994 (Deutschland)
PRIME	Platform of Rail Infrastructure Managers in Europe
PTT	Postes, télégraphes et téléphones
RCC	Regional Coordination Centre/regionales Koordinierungszentrum (EU)
RegG	Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs vom 27. Dezember 1993 (Deutschland)
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
ROG	Raumordnungsgesetz vom 22. Dezember 2008 (Deutschland)
RPI	Retail Price Index
Rs.	Rechtssache(n)
RSC	Radio Spectrum Committee/Funkfrequenzausschuss (EU)
RSPG	Radio Spectrum Policy Group/Gruppe für Frequenzpolitik (EU)
RWE	Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG
Rz.	Randziffer
s.	siehe/section
S.	Seite
SFEI	Syndicat français de l'Express international
SIM	Subscriber Identity Module
SIMA	Société industrielle municipale et agricole de fertilisants humiques et de récupération
Slg.	Sammlung (der Rechtsprechung des EuGH/EuG)
SMP	significant market power
SMS	Short Message Service
SNCF	Société nationale des chemins de fer français
SNRP	Model passenger Statement of National Regulatory Provisions
ss.	sections
SWD	Staff Working Document
TC	Tribunal des conflits (Frankreich)
TDC	Tele Danmark Communications
TEN-V	Transeuropäische Verkehrsnetze
TGV	train à grande vitesse
TKG	Telekommunikationsgesetz vom 25. Juli 1996 bzw. vom 22. Juni 2004 (Deutschland)
TOC	Train Operating Company
TR	Technical Report
TS	Technical Specification
TSI	Technical Specifications for Interoperability
u.a.	unter anderem

Uabs.	Unterabsatz
UK	United Kingdom
UNO	United Nations Organization
urspr.	ursprünglich
US	United States
v.	von
VAT	Value-added tax
verb.	verbunden(e)
vgl.	vergleiche
Vict.	Victoria
VO	Verordnung
vol.	volume
vs.	versus
WACC	Weighted Average Cost of Capital
WHO	World Health Organization
WIK	Wirtschaftliches Institut für Kommunikationsdienste
z.B.	zum Beispiel
Ziff.	Ziffer

Einleitung

I. Problemstellung

1. Staatliche Versorgungsleistungen

Gemeinwesen sind Versorgungseinheiten. Ihre Bestimmung besteht maßgeblich darin, ihren Mitgliedern den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen zu ermöglichen, die außerhalb dieser Gemeinschaften nicht erlangt werden könnten. Umgekehrt ist ein entscheidendes Motiv für die Beteiligung an Gemeinschaften darin zu sehen, gewisse Versorgungsleistungen zu erhalten und damit die individuellen Lebensverhältnisse zu verbessern.

Eine solche Versorgungsfunktion erfüllen insbesondere staatliche Gemeinwesen. In der reduzierten – und theoretischen – Form des „Nachwächterstaates“ beschränken sich die staatlich erbrachten Leistungen auf Elemente der Ordnungsverwaltung wie die Gewährleistung der Sicherheit nach innen und nach außen sowie auf Mechanismen der Streitschlichtung, um damit den Schutz der persönlichen Freiheit und des Eigentums zu gewährleisten. Im Zuge der wohlfahrtsstaatlichen Ausrichtung treten weitere Typen positiver Leistungen hinzu: der Betrieb von Bildungseinrichtungen, die Errichtung eines Gesundheitssystems, die Schaffung von Sozialversicherungen, die Ausrichtung von Sozialhilfe etc.

Einen Teil dieser Leistungsverwaltung bildet auch die Erbringung weiterer Güter und Dienstleistungen von grundlegender Bedeutung für die Bürgerinnen und Bürger, wie etwa die Versorgung mit Wasser, Elektrizität und Gas, das Versorgungs-, Post- und Telekommunikationswesen oder der öffentliche Verkehr. Diese werden im nationalen Kontext als Leistungen des *service public* oder der Daseinsvorsorge bezeichnet. In der Phase ihrer Etablierung waren es oftmals private Leistungsträger oder kommunale Einrichtungen, welche diese Güter und Dienstleistungen bereitstellten. Erst die weitere Entwicklung brachte vielerorts eine verstärkte staatliche Involvierung in die Leistungserbringung bzw. die Schaffung eines umfassenderen Regelungsrahmens auf nationaler Ebene.

Die Gründe für das vermehrte staatliche Engagement sind vielfältig. Funktionierende Versorgungsleistungen können als faktische Grundlagen für die Stärkung und den Ausbau staatlicher Strukturen dienen und militärisch-strategische oder fiskalische Zwecke erfüllen. Darüber hinaus entfalten sie einen psychologischen Effekt gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, indem sie als Zeichen für die Präsenz, den Einfluss und die Wirkungsmacht des Staatswesens stehen. In

wirtschaftlicher Hinsicht gewährleistet der Staat damit eine Grundlage für Wachstum und Entwicklung, er löst ein potentiell Koordinationsproblem bei der Errichtung solch kostspieliger und umfassender Infrastrukturen und er vermeidet die Entstehung privater Monopole und deren Auswüchse. Insbesondere aber befriedigt der Staat durch seine wirtschaftende Betätigung ein generelles Bedürfnis in der Bevölkerung, das mit dem schrittweisen Wandel dieser Leistungen zu Gütern des Alltags entstanden war. Er erfüllt demnach ein Versorgungsinteresse der Bürgerinnen und Bürger. Der moderne Staat ist damit zu einem Versorgungsstaat geworden.

Im vorliegenden Zusammenhang der Versorgung mit Post- und Telekommunikationsdiensten, Gas und Strom sowie des Eisenbahnwesens kann von einer wechsellvollen und unterschiedlichen Entwicklung auf dem europäischen Kontinent gesprochen werden. Verbreitet kam es zu einer weitergehenden staatlichen Einflussnahme zur Zeit der Weltkriege sowie in der Nachkriegszeit. Nach einer Phase der Konsolidierung und des Wachstums gerieten die Leistungserbringer ab den 1970er Jahren vielerorts in eine finanzielle Schieflage, woraufhin sich die öffentliche Hand durch Gewährung unternehmerischer Autonomie und später durch Ausgliederungen mehr und mehr aus bisher staatlich organisierten Leistungsbereichen zurückzog. Ab den 1980er Jahren manifestierten sich namentlich in Großbritannien und in den skandinavischen Ländern mit der Liberalisierung der Märkte, der Privatisierung der Leistungserbringer und der Deregulierung bzw. Re-Regulierung der Marktvorschriften Anzeichen einer neuen Etappe in der Entwicklung dieser Sektoren.

2. Rolle der Europäischen Union

Die Maßnahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zielten in den ersten Jahren ihrer Existenz auf die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes und die Verwirklichung der dazu erforderlichen Freizügigkeit der Produktionsfaktoren. Die staatlichen Monopole in den Versorgungsbereichen hingegen waren vorerst ebenso wenig ein europäisches Thema wie die Art und Weise der Leistungserbringung oder das zu erreichende Leistungsniveau. Im Hinblick auf die Intensivierung des Wettbewerbs richtete sich die Aufmerksamkeit der Gemeinschaft in der Folge in erster Linie auf die privaten Marktakteure; gegenüber den wirtschaftenden Tätigkeiten der Mitgliedstaaten hingegen übte sie sich zunächst in Zurückhaltung.

Die 1980er Jahre stellten insofern eine Zäsur dar, als die Europäische Kommission mit dem Erlass der Transparenzrichtlinie auf eine Klärung der finanziellen Beziehungen zwischen öffentlichen Unternehmen und öffentlicher Hand drängte und vermehrt auf die Anwendung der wettbewerbsrechtlichen Vorgaben des Primärrechts auf staatliche Markteingriffe zu Zwecken der öffentlichen Versorgung pochte. Damit rückte die staatliche Versorgungstätigkeit vermehrt in den Fokus

der Gemeinschaft. Dabei war die Gemeinschaft vornehmlich darauf bedacht, die mit der öffentlichen Versorgungstätigkeit einhergehenden mitgliedstaatlichen Eingriffe in den Markt einzuhegen und zu begrenzen. Das freie Spiel der Marktkräfte sollte in diesen Sektoren nicht pauschal ausgeschlossen, sondern Interventionen vielmehr nur insoweit zugelassen werden, als dies zur Sicherstellung der Versorgung tatsächlich erforderlich war.

Auf dieser Grundlage begann die Europäische Gemeinschaft damit, zunächst die Telekommunikationsdienste, später Strom und Gas, die Post und letztlich den Eisenbahntransport schrittweise einer Marktöffnung zuzuführen. Dieser Prozess ging mit der Errichtung eines – in der Folge sukzessive erweiterten – sekundärrechtlichen Rahmens auf europäischer Ebene einher und beinhaltete eine fundamentale Neuordnung dieser Sektoren. Die neu geschaffenen sektoriellen Regelwerke zeichneten sich zunächst ebenfalls durch eine stramme wettbewerbliche Ausrichtung aus: Sie verfolgten maßgeblich das Ziel, eine möglichst marktbasiertere und damit effiziente Leistungserbringung herbeizuführen. Dazu wurden Umfang und Modalitäten staatlich erbrachter oder gewährleisteter Versorgung sekundärrechtlich konturiert und die möglichen Abweichungen vom generellen Wettbewerbsrahmen somit eingedämmt.

Angefangen mit dem primärrechtlichen Bekenntnis der Union zu den Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Vertrag von Amsterdam von 1997 (Aufnahme von Art. 7 d EGV, heute Art. 14 AEUV), griff in der Folge eine bedeutsame Veränderung Platz: Das Sekundärrecht schenkte den Anliegen der Versorgung vermehrte Aufmerksamkeit und formulierte zunehmend gemeinschafts- bzw. unionsrechtliche Vorgaben an den Umfang, die Qualität, die Preise und die Art und Weise der Erbringung dieser Leistungen. Diese Entwicklung untermauerte der Vertrag von Lissabon namentlich durch die Aufnahme des Protokolls Nr. 26 über Dienste von allgemeinem Interesse, die Ergänzung von Art. 14 AEUV und die Aufführung des Zugangs zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in der Grundrechtecharta (Art. 36 GRCh) auf der Ebene des Primärrechts. Die Europäische Union hat sich damit die Versorgungsinteressen der Bürgerinnen und Bürger mehr und mehr zu eigen gemacht. Dieser Schritt bedeutete keine Abkehr der Union von der fundamentalen Marktausrichtung ihres Regelwerks. Er erhob jedoch ergänzend und teilweise konkurrierend die Versorgungsanliegen zum Gegenstand der Bestrebungen der Union. Damit kam es auf der Ebene des Unionsrechts zu einer eigentlichen „Versorgungswende“, deren Umsetzung weiterhin andauert.

3. Fragestellung und Untersuchungsgegenstand

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen ergibt sich die Fragestellung der vorliegenden Arbeit: Es wird untersucht, wie sich der unionsrechtliche Einbezug der Versorgungsinteressen im Einzelnen gestaltet, welche Merkmale das entspre-

chende Regelgefüge aufweist, wie sich das Zusammenspiel mit der grundlegenden Wettbewerbsausrichtung der Union artikuliert und welche Implikationen sich für die Fortentwicklung des Rechtsrahmens ergeben.

Den Gegenstand der Untersuchung bildet das Unionsrecht in den Bereichen Telekommunikations- und Postdienste, Elektrizität, Gas und Eisenbahn. Diese Sektoren fußen zwar auf teilweise verschiedenen faktischen Gegebenheiten und stellen jeweils unterschiedliche Märkte dar. Gleichzeitig handelt es sich aber ausnahmslos um sogenannte Netzwerkindustrien, die – beginnend beim Vorliegen eines natürlichen Monopols – zahlreiche Ähnlichkeiten bezüglich grundlegender Charakteristiken aufweisen. Überdies sind diese Bereiche weitgehend unionsrechtlich geregelt, wobei sich in den entsprechenden Regelwerken eine Vielzahl von gleichartigen, verwandten oder parallelen Konzepten, Verfahren und Mechanismen finden. Dieses Spektrum an Sektorregelungen bietet sich demnach zum einen an für vergleichende Betrachtungen. Zum anderen stellt es eine geeignete Untersuchungsgrundlage zur Eruierung der Frage dar, ob und inwieweit sich in der Europäischen Union ein Modell der Sektorregulierung – bzw. insbesondere der Regelung der Versorgungsaspekte in diesem Kontext – herausgebildet hat. Der Fokus der Untersuchung liegt dabei auf den spezifischen Ausformungen des Sekundärrechts, da der diesbezügliche primärrechtliche Rahmen bereits vielstimmig beschrieben und analysiert worden ist. Es wird, mit anderen Worten, ergründet, ob und inwieweit den Worten des Primärrechts der Verträge von Amsterdam und Lissabon in Bezug auf die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse effektiv gesetzgeberische Taten auf der Ebene des Sekundärrechts gefolgt sind.

Die Erwägungen zum Unionsrecht lassen sich in einen inhaltlichen Zusammenhang mit dem nationalstaatlichen Umgang mit der öffentlichen Versorgung stellen. Hierbei drängt sich die Frage auf, ob und, wenn ja, inwieweit die in den Mitgliedstaaten verankerten Traditionen und Mechanismen zur Gewährleistung der Versorgung die Ausformung des Regelwerks auf Unionsebene beeinflusst haben. Von besonderem Interesse ist dabei die Frage, ob bei der ursprünglichen rechtlichen Erfassung der untersuchten Sektoren und dem damit verbundenen vermehrten Engagement der Nationalstaaten ähnliche Beweggründe eine Rolle spielten wie heute im Zusammenhang der stärkeren Involvierung der Europäischen Union in diesen Bereichen. Um Hinweise zur Beantwortung dieser Fragen zu erhalten, wird als Grundlage für die Betrachtungen des Unionsrechts die Entwicklung der nationalen sektoriellen Vorschriften in den (vormaligen) Mitgliedstaaten Frankreich, Deutschland und Großbritannien skizziert und analysiert. Die Auswahl dieser Rechtsordnungen erklärt sich aus dem Umstand, dass die drei Staaten ebenso unterschiedliche wie aus europäischer Perspektive bedeutsame Modelle der öffentlichen Versorgung aufweisen: ein umfassendes und staatswirtschaftlich geprägtes Modell im Falle Frankreichs, ein gemischtwirtschaftliches und maßgeblich kommunal geprägtes Modell im Falle Deutschlands sowie ein effizienzorientiertes, entwicklungsoffenes und vornehmlich privatwirt-

schaftlich ausgerichtetes Modell im Falle Großbritanniens. An der Bedeutung des Einflusses des letztgenannten Modells für das Unionsrecht vermag auch der Umstand nichts zu ändern, dass Großbritannien nunmehr aus der Europäischen Union ausgetreten ist. Das Augenmerk dieser vergleichenden Betrachtungen zum nationalen Recht liegt dabei auf der frühen rechtlichen Erfassung der untersuchten Sektoren, um damit eine Gegenüberstellung mit ihrem gegenwärtigen, wachsenden Einbezug durch den Unionsrechtsrahmen zu ermöglichen.

II. Gang der Untersuchung

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in vier Teile: die mitgliedstaatlichen Ursprünge (erster Teil), den weiteren unionsrechtlichen Rahmen der Versorgungsleistungen (zweiter Teil), die Darlegung der sekundärrechtlichen Gestaltung der Versorgung (dritter Teil) und die Schlussfolgerungen (vierter Teil).

Nach einer Einführung in die Mechanik der unionsrechtlichen Regelungen zur öffentlichen Versorgung und die damit zusammenhängenden Begrifflichkeiten wird im ersten Teil die rechtliche Einrahmung der untersuchten Sektoren auf nationalstaatlicher Ebene dargestellt und es werden die ihr zugrunde liegenden Konzepte erörtert. In Bezug auf den *service public* in Frankreich (§ 1) werden dazu die Entstehung und Entwicklung dieses Konzeptes in Rechtsprechung und Lehre beschrieben und seine Tragweite für das geltende Recht diskutiert, wobei insbesondere auf die *lois Rolland* als materielle Vorgaben an die Gestaltung der öffentlichen Leistungen eingegangen wird. Anschließend wird die rechtliche Erfassung der Technologien in den einzelnen Sektoren thematisiert, jeweils mit einem Fokus auf die Herausbildung der anwendbaren rechtlichen Instrumente und folglich vorrangig auf die Regelungen des 19. Jahrhunderts. In Bezug auf die Daseinsvorsorge in Deutschland (§ 2) werden die Genese und die Rezeption des von *Ernst Forsthoff* stammenden Begriffs der Daseinsvorsorge in Rechtsetzung, Rechtsprechung und im Schrifttum dargelegt und seine rechtliche Bedeutung besprochen, um den Blick hiernach auf die Entfaltung des zumeist kommunal geprägten Sektorrechts zu lenken. Die rechtliche Einrahmung der *public utilities* in Großbritannien (§ 3) basiert, anders als die entsprechenden Regelwerke Frankreichs und Deutschlands, nicht so sehr auf einem übergreifenden Konzept als vielmehr auf einer spezifischen Herangehensweise der Regulierung, die auf unabhängige Verwaltungsfachbehörden sowie auf ein evidenzbasiertes und mitwirkungsorientiertes Regelungsverfahren setzt. Die Herausbildung dieser Methode in den unterschiedlichen Sektoren wird in ihren Grundzügen dargestellt und untersucht. Dies ist von besonderer Bedeutung, da sich die Union nicht nur in Bezug auf die Inhalte der Sektorregelwerke, sondern auch im Hinblick auf die Regelungsmethode beim Modell Großbritanniens entscheidend inspiriert hat. Abgerundet werden die mitgliedstaatlichen Betrachtungen durch vergleichende Schlussfolgerungen (§ 4).

Im zweiten Teil zum weiteren unionsrechtlichen Rahmen der Versorgungsleistungen werden zunächst die einschlägigen primärrechtlichen Grundlagen (§ 5) mit dem ihnen innewohnenden Zusammenspiel zwischen Markt- und Versorgungsorientierung erörtert. Dabei kommen neben der Scharniernorm von Art. 106 Abs. 2 AEUV insbesondere die weitgefassten Kompetenzvorschriften, die Neutralität der Europäischen Union gegenüber den Eigentumsordnungen der Mitgliedstaaten sowie die Vorgaben zu den transeuropäischen Netzen als zentrale primärrechtliche Prämissen zur Sprache. In ihrer gegenwärtigen Gestalt bilden die Versorgungsvorschriften das Gegenstück der zugehörigen liberalisierten Märkte. Deshalb wird zunächst anhand der Grundelemente der Sektorvorschriften im Unionsrecht die generelle Funktionsweise dieser Marktregelungen dargestellt (§ 6). Zur Verwirklichung der Marktöffnung hat sich in der Union ein eigentlicher regulatorischer Werkzeugkasten herausgebildet, der in seinen groben Zügen und wichtigsten Bestandteilen (Voraussetzungen des Marktzugangs, Zugang zur Infrastruktur, Trennungsvorgaben, autonome Unternehmen als Leistungsträger sowie unabhängige Sektorregulierungsbehörden) beschrieben wird, um gestützt darauf ein Verständnis für die weitere Einbettung der Versorgungsvorgaben zu erlangen.

Im dritten Teil erfolgt auf Basis der sekundärrechtlichen Einzelregelungen eine Kartographierung der Versorgungsvorschriften der Union, wobei ihre spezifischen Charakteristika herausgearbeitet werden. Ausgangspunkt bildet eine Skizze der Ursprünge und der Entwicklung der sekundärrechtlichen Versorgungsvorschriften (§ 7), wobei sich der Blick insbesondere auf die jeweiligen Begründungen für das Tätigwerden der Union in den einzelnen Bereichen richtet. Sodann wird im Rahmen allgemeiner Betrachtungen auf Versorgungspflichten und zulässige gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen eingegangen (§ 8) und es werden die unterschiedlichen Wege zur Sicherstellung der Versorgung (§ 9) und damit die generelle Funktionsweise der sekundärrechtlichen Mechanismen erläutert. Im Hinblick auf das „Wie“ der Leistungserbringung sind anschließend die unionsrechtlichen Vorgaben an die Qualität (§ 10), die Preise und Tarife (§ 11) und die Sonderbestimmungen für einzelne Nutzergruppen (§ 12) zu diskutieren. Aus der Perspektive der Rechte und Pflichten der Verbraucherinnen und Verbraucher wird sodann auf das umfangreiche Netz an Informationspflichten (§ 13), die für das Funktionieren der Marktmechanismen bedeutsamen Wahl- und Wechselmöglichkeiten (§ 14), die Gestaltung der Verträge mit den Versorgern (§ 15) sowie die Mechanismen zur Rechtsdurchsetzung durch die Nutzerinnen und Nutzer (§ 16) eingegangen. In Bezug auf die konkrete Verwirklichung des unionsrechtlichen Versorgungsregimes sind schließlich die Ausgestaltung des Rechtsverhältnisses zwischen öffentlicher Hand und Betrauten (§ 17) sowie die Abgeltung und Finanzierung der Dienste (§ 18) als Gegenleistung für die auferlegten Versorgungspflichten darzustellen.

Anhand der damit erarbeiteten Landkarte der sekundärrechtlichen Regelungselemente werden im vierten und abschließenden Teil Schlussfolgerungen gezo-

gen. Dazu ist auf die zentralen Merkmale des europäischen Versorgungssystems (§ 19) einzugehen, wobei zunächst allgemeine Betrachtungen zum Versorgungssystem der Union vorgenommen und dessen komplexes Zusammenspiel mit den Marktmechanismen zu thematisieren sind. Sodann wird dargelegt, welche Charakteristiken das sekundärrechtliche Versorgungssystem im Einzelnen aufweist. Gestützt auf diese Befunde, ist schließlich im Rahmen eines Ausblicks der Frage nachzugehen, inwieweit die gegenwärtigen, teilweise bruchstückhaften Vorschriften zur öffentlichen Versorgung als Ursprung eines europäischen *service public in statu nascendi* (§ 20) gelten und demnach gewissermaßen als Keimzelle für ein weiteres Erstarren des unionsrechtlichen Versorgungssystems fungieren könnten.

III. Grundbegriffe der öffentlichen Versorgung

1. Allgemeines

Um das Zusammenwirken der einzelnen Instrumente, Verfahren und Konzepte im Hinblick auf die staatlich gewährleistete Versorgung zu verstehen, ist es zunächst notwendig, einen Überblick der diesbezüglich anwendbaren Mechanismen sowie der damit zusammenhängenden Begrifflichkeiten zu gewinnen. Dabei ist in erster Linie auf die unionsrechtlichen Verhältnisse einzugehen, darüber hinaus werden jedoch auch die wesentlichen mitgliedstaatlichen Begrifflichkeiten kurz skizziert, um eine Abgrenzung von jenen der Union zu ermöglichen.

2. Mechanik

In Bezug auf die staatliche Erbringung oder Gewährleistung der öffentlichen Versorgung ist zwischen drei Ebenen zu unterscheiden: dem Versorgungsziel, den Versorgungsleistungen und den allfälligen Versorgungsverpflichtungen.

(1) Das *Versorgungsziel* beschreibt jenes Maß an Leistungen sowie jene Modalitäten derselben, zu denen die Bürgerinnen und Bürger Zugang erhalten sollen. In diesem Zusammenhang sind namentlich der persönliche, sachliche, geographische und zeitliche Umfang der Leistungserbringung sowie die angestrebte Qualität, die anwendbaren Preise und die erwünschten Leistungsbedingungen zu spezifizieren. Entsprechende Versorgungsziele bestehen sowohl auf der Ebene der Europäischen Union als auch auf der Ebene der Mitgliedstaaten. Sie können im positiven Recht mehr oder weniger präzise festgelegt sein, wobei zumeist eine offene Formulierung gewählt wird, um die Gestaltungsspielräume in der tatsächlichen Ausrichtung – und Finanzierung – der Leistungen zu bewahren. Umgekehrt kann sich das angestrebte Leistungsniveau auch implizit aus staatlichen Maßnahmen zur Erbringung oder Sicherstellung der Leistungen ergeben, ohne dass ausdrückliche Zielnormen verbrieft werden.

(2) Bei den *Versorgungsleistungen* handelt es sich um jene Güter und/oder Dienstleistungen, die gegenüber den Nutzerinnen und Nutzern tatsächlich erbracht werden. Die Rollenverteilung zwischen Staat und Markt kann dabei unterschiedlich ausfallen. Das diesbezügliche Spektrum reicht von einer Versorgung durch staatliche Einheiten über die Erbringung durch private oder öffentliche Anbieter, gestützt auf eine Versorgungsverpflichtung oder im Rahmen von allgemein geltenden, aber spezifischen rechtlichen Vorgaben, bis hin zur ausschließlich marktbasierter Bereitstellung der Leistungen.

(3) Die *Versorgungsverpflichtungen* bezeichnen jene durch die öffentliche Hand festgelegten Vorgaben gegenüber einem einzelnen, mehreren oder sämtlichen Anbietern, Leistungen in einem bestimmten Umfang, zu bestimmten Bedingungen, zu bestimmten Preisen und/oder nach bestimmten Modalitäten zu erbringen. In ihrer Konturierung zielen diese staatlichen Verpflichtungen darauf ab, Versorgungsleistungen in jenem Umfang und zu jenen Bedingungen und Preisen sicherzustellen, damit das angestrebte Versorgungsziel erreicht werden kann.

3. Begrifflichkeiten

a) Auf Ebene des Primärrechts

Im Primärrecht der Union stellt der Begriff der *Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse* (*services d'intérêt économique général; services of general economic interest*) das zentrale Konzept im Zusammenhang mit der öffentlichen Versorgung dar. Der Terminus fand bereits im Gründungsvertrag der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Aufnahme in das Vertragswerk der Gemeinschaft.¹ Heute figuriert er in Art. 14 AEUV, worin der Stellenwert der Dienste innerhalb der gemeinsamen Werte der Union betont wird, im bestätigenden Art. 36 GRCh, wonach die Union den Zugang zu den Dienstleistungen anerkennt und achtet, in Art. 106 Abs. 2 AEUV, der zur Sicherstellung der Dienstleistungen unter bestimmten Voraussetzungen ein Abweichen vom generellen Rahmen des Unionsrechts ermöglicht, sowie in Art. 1 Protokoll Nr. 26 über Dienste von allgemeinem Interesse, worin Inhalt und Tragweite des Begriffs konkretisiert werden.² Gemäß der letztgenannten Vorschrift kommt den nationalen, regionalen und lokalen Behörden eine wichtige Rolle in der Konturierung der Dienstleistungen zu; es wird deren Vielfalt in Abhängigkeit von den Bedürfnissen und Präferenzen der Nutzer betont und spezifiziert, dass sie „ein hohes Niveau in Bezug auf Qualität, Sicherheit, Bezahlbarkeit, Gleichbehandlung und Förderung des

¹ Art. 90 Abs. 2 EWGV, die in der Essenz unveränderte Vorläuferbestimmung des heutigen Art. 106 Abs. 2 AEUV.

² Zur unbeachtlichen terminologischen Divergenz zwischen „Diensten“ (Art. 14 AEUV) und „Dienstleistungen“ (Art. 106 Abs. 2 AEUV) vgl. hinten S. 290.

universellen Zugangs und der Nutzerrechte“ beinhalten.³ Weder dem Primär- noch dem Sekundärrecht ist hingegen eine weitergehende, trennscharfe Definition des Begriffs zu entnehmen.⁴ Aus der Rechtsprechung des EuGH ergibt sich immerhin die Vorgabe, dass es sich dabei um wirtschaftliche Tätigkeiten handeln muss, für die „ein allgemeines wirtschaftliches Interesse besteht, das sich von dem Interesse an anderen Tätigkeiten des Wirtschaftslebens besonders unterscheidet“.⁵ Erforderlich ist mit anderen Worten die Befriedigung eines Gemeinwohlinteresesses im Gegensatz zu jenen Dienstleistungen, die lediglich „besonderen Bedürfnissen von Wirtschaftsteilnehmern“ entsprechen.⁶ Die Europäische Kommission versteht Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse als „wirtschaftliche Tätigkeiten, die dem Allgemeinwohl dienen und ohne staatliche Eingriffe am Markt überhaupt nicht oder in Bezug auf Qualität, Sicherheit, Bezahlbarkeit, Gleichbehandlung oder universaler Zugang nur unter anderen Standards durchgeführt würden“.⁷

Der Begriff ist demnach grundsätzlich auf der Ebene der Versorgungsleistungen anzusiedeln. Seinen eigentlichen Sinn erlangt er jedoch erst in Kombination mit einer Betrauung durch die öffentliche Hand und folglich im Zusammenspiel mit einer Versorgungsverpflichtung im Interesse des Gemeinwohls.⁸ Die Verwendung des Begriffs in Art. 1 Protokoll Nr. 26 sowie insbesondere in Art. 14 AEUV beinhaltet überdies ein Bekenntnis zu den Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse und weist somit auch eine finale Dimension auf. Dabei handelt es sich zwar nicht um ein konkret umrissenes Versorgungsziel, aber doch um den Ausdruck des Bestrebens der Union, deren Erbringung zu ermöglichen und zu fördern. Daraus folgt, dass im Primärrecht unter Verwendung dieses Ausdrucks sämtliche der drei oben genannten Glieder der Regelungsmechanik (Versorgungsziel, Versorgungsleistung und Versorgungsverpflichtung) angesprochen und damit abgedeckt werden.

³ Art. 1 erster, zweiter und dritter Spiegelstrich Protokoll Nr. 26 über Dienste von allgemeinem Interesse.

⁴ EuG, Rs. T-289/03, ECLI:EU:T:2008:29, BUPA, Rn. 165; aus dem umfangreichen Schrifttum vgl. etwa *Buendia Sierra*, Exclusive Rights, insb. S. 277 ff.; *Dony*, notions, S. 19 ff.; *Schweitzer*, Daseinsvorsorge, S. 97 ff.; *Sauter*, Public services, S. 12 ff.; *Rodrigues*, Services publics en Europe, S. 101 ff.; *Krajewski*, Grundstrukturen, S. 78 ff. oder *Jung*, Gemeinwohl, S. 56 ff.

⁵ EuGH, Rs. C-179/90, *Merci convenzionali porto di Genova*, Rn. 27; EuGH, Rs. C-1/12, ECLI:EU:C:2013:127, *Ordem dos Técnicos Oficiais de Contas*, Rn. 105; zum Ganzen vgl. hinten S. 300 ff.

⁶ EuGH, Rs. C-320/91, ECLI:EU:C:1993:198, *Corbeau*, Rn. 19.

⁷ *Kommission*, Mitteilung vom 20. November 2011 über einen Qualitätsrahmen für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Europa, KOM(2011) 900 endg., S. 4.

⁸ Vgl. dazu bereits die Definition gemäß *Kommission*, Leistungen der Daseinsvorsorge in Europa, ABl. 1996 C 281/03, S. 1, wonach die Dienstleistungen „von den Mitgliedstaaten mit besonderen Gemeinwohlverpflichtungen verbunden werden“, sowie übereinstimmend *Kommission*, Mitteilung über Leistungen der Daseinsvorsorge in Europa vom 20. September 2000, KOM(2002) 580 endg., S. 42.

Als Überbegriff hatte die Kommission das Konzept der *Dienstleistungen von allgemeinem Interesse* (*services d'intérêt général; services of general interest*) entwickelt, das neben den Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse auch nichtmarktbezogene Dienstleistungen umfasst.⁹ Mit dem Protokoll Nr. 26 hat es auch Eingang ins Primärrecht gefunden, gemeinsam mit den darin ebenfalls enthaltenen nichtwirtschaftlichen Diensten von allgemeinem Interesse.¹⁰ Die exakte Abgrenzung ebenso wie die Tragweite dieser Begrifflichkeiten bleiben unscharf;¹¹ die vorliegende Untersuchung berührt sie lediglich am Rande, da die interessierenden Leistungen zweifellos als wirtschaftlich bzw. marktbezogen zu qualifizieren und somit der Kategorie der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zuzurechnen sind.

b) Auf Ebene des Sekundärrechts

Der wohl prominenteste Begriff des Sekundärrechts im vorliegenden Zusammenhang ist jener des *Universaldienstes* (*service universel; universal service*). Der Terminus entstammt ursprünglich dem amerikanischen Telekommunikationsrecht, in welchem er die Interkonnektionspflicht unterschiedlicher Telefonanbieter bezeichnete und damit für die Durchlässigkeit des Netzes stand.¹² Im Telekommunikations- und Postrecht, in denen der Universaldienst im Unionsrecht Verwendung findet, wird er als Vorgabe verstanden, den „Zugang aller Bürger zu qualitativ hochwertigen Grundversorgungsleistungen gegen ein vertretbares Entgelt“

⁹ In der deutschsprachigen Terminologie verwendete die Kommission hierfür zunächst den Begriff der Daseinsvorsorge, vgl. *Kommission*, Leistungen der Daseinsvorsorge in Europa, ABl. 1996 C 281/03, S. 1 sowie *Kommission*, Mitteilung vom 20. September 2000 zu Leistungen der Daseinsvorsorge in Europa, KOM(2000) 580 endg., S. 42; auf Englisch und Französisch ist bereits zu diesem Zeitpunkt von *services of general interest* bzw. *services d'intérêt général* die Rede. In der deutschen Fassung taucht der Begriff auf in *Kommission*, Grünbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, KOM(2003) 270 endg., S. 7 f. sowie in *Kommission*, Mitteilung vom 20. November 2011 über einen Qualitätsrahmen für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Europa, KOM(2011) 900 endg., S. 4. In der Folge fand überdies der (inhaltlich wohl engere) Begriff der Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse Verwendung: *Kommission*, Mitteilung vom 26. April 2006 zur Umsetzung des Gemeinschaftsprogramms von Lissabon: Die Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse der Europäischen Union, KOM(2006) 177 endg., insb. S. 4 ff.

¹⁰ Vgl. auch die Aufnahme ins Sekundärrecht mit Art. 2 Abs. 2 Bst. a und Erwägungsgrund 17 RL 2006/123 (Ausschluss der Anwendbarkeit der Dienstleistungsrichtlinie).

¹¹ Kritisch zum Nutzen dieser Begriffsschöpfung etwa *Wernicke*, in: Grabitz/Hilf/Nettesheim (Hrsg.), EUV/AEUV, Art. 106 Rn. 38; unter Betonung der möglichen Schwierigkeiten bei der Zuordnung *Neergaard*, *Nature*, S. 20 ff. sowie *Krajewski*, Grundstrukturen, S. 103 ff.

¹² Zugeschrieben wird der Begriff *Theodore Vail*, dem Direktor des Telefonunternehmens AT&T zu Beginn des 19. Jahrhunderts, der den Slogan „One Policy, One System, Universal Service“ prägte, um damit die Interkonnektion der Konkurrenzanbieter mit jenen des Bell-Systems zu fordern: vgl. dazu *Schneider*, Staat und technische Kommunikation, S. 90.

Sach- und Personenregister

- Abgeltung 855–884
- Abhol- und Zugangspunkte 451, 521, 571
- ACER 422, 742
- Aktivierung der Verbraucherinnen und Verbraucher 478 f.
- Allgemeingenehmigung 378–382, 594, 621
- Altmark-Trans-Urteil 275, 847–849, 925 f.
- Anschlusspflicht 74, 86, 144, 218, 521 f., 570 f., 704 f.
- Art. 106 Abs. 2 AEUV
 - Anwendungsbereich 296–298
 - Anwendungsvoraussetzungen 298–308
 - Kompromissformel 295 f., 314 f.
 - Rechtsfolge 309 f.
 - Verhältnis zum Sekundärrecht 310–314
 - Zweck und Natur der Bestimmung 295 f.
- Auswahl des Anbieters 766–788
 - als Teil des service public 783 f.
 - Eisenbahn 779–782
 - Energie 773–779
 - Post 782 f.
 - Telekommunikation 768–773
- Bahnreform, Deutschland 176–178
- Beihilfe
 - Begriff 275, 841 f.
 - Begünstigung 275, 843
 - de minimis-- 275 f., 849–851
 - Mittel, staatliche 275, 844
 - Selektivität 275, 844 f.
 - Wettbewerbsverfälschung 275, 845 f.
- Beihilfeverbot
 - Grundsatz 274–277, 840 f.
 - Verkehrsbereich 846 f.
 - Voraussetzungen 841–846
- Belastung, unzumutbare 441, 884, 886, 888
- Bell, Alexander Graham 145, 201–203
- Benchmark-Regulierung, siehe Yardstick-Regulierung
- Beobachtungspflichten
 - Markt 571, 719, 735
 - Preise 622 f., 648
- Berufsfreiheit 281
- Betrauungsakt 303 f., 307, 847, 850 f.
- Blindensendungen 455 f., 624, 654, 712–714, 866
- Breitbandinternetdienstleistungen 448, 508, 515 f., 529, 580, 731 f.
- Breitband-Richtlinie (RL 2014/61) 356, 388
- British Gas Corporation 217–219
- British Rail 233–235
- British Telecommunications Act 1981 196 f., 205 f., 209
- British Transport Commission 233 f.
- Bürgerenergiegemeinschaften 478 f., 655
- Chappe-Telegraph, siehe optische Telegraphie
- Cheap Train Act 1883 231, 242
- Conseil National de la Résistance 79 f., 93
- continuité, principe de 33–36, 572 f.
- Corbeau-Urteil 357 f.
- COTIF 489, 588
- Customer empowerment 761–764, 932
- Daseinsvorsorge
 - Begriff 13, 126–129
 - Konzept 126–134, 178
 - rechtliche Bedeutung 131–133
 - Rezeption 130–133
 - Umfang 131 f.
- DAWI-Beschluss 276, 850 f.
- DAWI-Rahmen 851–854
- de Freycinet, Charles 106 f.
- Deficit Approach 873 f.
- De-minimis-Verordnung 275 f., 849–851
- Deregulierung 2, 349, 352, 430, 760
- Deutsche Bahn 176
- Deutsche Bundesbahn 174–176
- Deutsche Bundespost 138–140, 149 f.
- Deutsche Post 139 f.
- Deutsche Reichspost 137 f., 143–145, 147 f., 179
- Deutsche Telekom 140, 150, 179
- Deutsch-Österreichischer Postverein 137, 249
- Dienste von allgemeinem Interesse, siehe Dienstleistungen von allgemeinem Interesse

- Dienstleistungen von allgemeinem Interesse 10, 312
- Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse
- Begriff 8 f., 290 f., 293 f., 298–303
 - Betrauung mit ~ 303 f.
 - Definition gemäß der Kommission 299 f., 302 f.
 - Definition in der Rechtsprechung 300–302
 - keine Beeinträchtigung des Handelsverkehrs 308
 - keine Verhinderung der Aufgabenerfüllung 304–308
- Dienstleistungsrichtlinie (RL 2006/123) 720 f., 793
- Dienstleistungsverträge (Eisenbahn) 564, 831 f.
- Diskriminierungsverbot 277 f., 663 f.
- Dividendenkontrolle 155, 166, 212–215, 218, 242, 631
- Dockwra, William 191 f.
- Duguit, Léon 19–23
- Durchgangsfahrkarten 489, 493, 780
- Durchsetzungsstellen, nationale 493, 602 f., 608, 754–756, 823 f.
- École du service public 19–25
- Économie mixte 101–103, 117
- Effizienz 924–927, 947
- als Ziel des europäischen Versorgungssystems 924–927, 947
 - ~anreize 636 f., 853 f., 874–876, 924–927
 - ~begriff 924
 - ~faktor 210, 636, 638
 - ~kriterium 307, 848, 870
- égalité, principe de l' 36–40
- Eigentum, privat oder staatlich 116–118, 179 f., 237–239, 329–333
- Eigentumsordnung, Schutz der, siehe Schutz der innerstaatlichen Eigentumsordnung
- Eigentumsrecht 281–284, 329–333, 400, 405
- Einheitlichkeit (Preise/Tarife) 121, 123, 232, 248, 255, 263, 302, 544, 625, 649, 651–653, 666–668
- Einzelgenehmigung 382, 593, 607, 621, 828 f.
- Eisenbahn in Deutschland
- DDR 175 f.
 - Deutsche Bahn AG 176
 - Deutsche Bundesbahn 174–176
 - Eisenbahnkommissäre 167 f.
 - Entwicklung 163–178
 - gemischtes System 169–172
 - Konzessionen 167, 169 f., 186
 - Liberalisierung 177 f.
 - Verreichlichung 172 f.
 - Verstaatlichung 169–172, 179–182
 - Zentralisierung 171 f.
- Eisenbahn in Frankreich
- Entwicklung 99–113
 - Liberalisierung 110–112
 - staatliche Förderung im Zweiten Kaiserreich 103–105
 - System der économie mixte 101–103, 117
 - Vereinheitlichung des Bahnsystems 107 f.
 - Verstaatlichung 108–110,
- Eisenbahn in Großbritannien
- Entwicklung 228–237
 - Konzentrationsprozess 232 f.
 - Liberalisierung 235–237
 - Privatisierung 234 f.
 - Railway Mania 228–230
 - Verstaatlichung 233 f.
- Eisenbahnkommissäre 167 f.
- Eisenbahnpakete 372–376, 485–492
- Électricité de France (EDF) 80 f., 93–99
- Elektrischer Telegraph 60–63, 141–145, 200 f.
- Elektrizität in Deutschland
- BRD 160 f.
 - DDR 161 f.
 - Energiewirtschaftsgesetz von 1935 129, 158–160, 163, 183 f.
 - Entwicklung 154–163
 - gemischtwirtschaftliche Unternehmen 156 f., 179 f.
 - Kommunalisierung 156 f., 179, 254
 - Konzessionen 154 f., 159, 184, 186
 - Liberalisierung 163
- Elektrizität in Frankreich
- Bewilligungsregime in Paris 85–87
 - Entwicklung 84–99
 - Konzessionierung 87–90, 95 f., 125
 - Liberalisierung 97 f.
 - Tarife 85 f., 88 f., 96 f., 122–124
 - Teilprivatisierung 98 f.
 - Verstaatlichung 93–95, 117
- Elektrizität in Großbritannien
- Bewilligungssystem 221–223
 - Electric Lighting Act 1882 221 f.
 - Electricity Act 1947 225
 - Electricity (Supply) Act 1926 224
 - Entwicklung 221–228
 - Liberalisierung 226 f.
 - municipal socialism 223 f., 238
 - national-grid iron 224 f., 243
 - Nationalisierung 225, 238 f.
 - Privatisierung 225 f.

- Energiearmut 470 f., 477 f., 699 f.
 Energiewirtschaftsgesetz von 1935 129,
 158–160, 163, 183 f.
 Enteignung 89, 101, 108, 133, 165, 173, 229,
 239, 283, 330 f.
 Entfernungsunabhängigkeit (Preise/Tarife)
 120, 653, 657, 666–668
 ENTSO 337, 422
 ERGP 420
 Erschwinglichkeit 257 f., 647–651, 666–668
 Europäische Atomgemeinschaft (Euroatom)
 363
 Europäische Charta der öffentlichen Dienst-
 leistungen 287 f.
 Europäische Gemeinschaft für Kohle und
 Stahl (EGKS) 363
 Europäischer Kodex für die elektronische
 Kommunikation 448, 515
 EU-VNBO 422
 EWG-Vertrag 267–270, 326, 347 f., 353–355,
 357 f., 363, 371
 Ex-ante-Regulierung 631 f.
 Ex-post-Regulierung 631 f., 646
- Fahrgastrechte (Eisenbahn) 492–494,
 585–589, 708–710, 753–757, 780 f., 942
 Fair use policy 672, 674, 726 f.
 Federutility-Urteil 305 f., 309 f., 313, 618,
 627
 Ferme générale des postes 47 f.
 Finanzierung 885–914
 – durch Sektorbeiträge 892–905
 – Sektorregelungen 886–892
 Forsthoff, Ernst 126–130
 Freiheit, unternehmerische 279–281
- Gas Act 1934 216
 Gas Act 1948 216 f.
 Gas Act 1986 218 f.
 Gas de France (GDF) 80–83, 97 f.
 Gas in Deutschland
 – DDR 161 f.
 – Entwicklung 150–154, 158–163
 – kommunale Unternehmen 150–154, 179 f.
 – Kommunalisierung 152 f., 179, 181 f., 254
 – Konzessionen 151 f.
 – Liberalisierung 163
 Gas in Frankreich
 – Bewilligungssystem 72 f.
 – Entwicklung 72–84
 – Gebietsmonopole 73–75
 – Liberalisierung 82
 – Privatisierung 83
 – régie intéressée 77–79
 – Tarife 73–79, 81 f., 122–124
 – Traité de 1855 75–77, 118, 121
 – Verstaatlichung 79–82, 117
 Gas in Großbritannien
 – British Gas Corporation 217–219
 – Entwicklung 212–221
 – Gebietsmonopole 215 f.
 – Liberalisierung 219 f.
 – Privatisierung 218–220
 – Tarife 213–217, 220 f., 242
 – Verstaatlichung 216 f.
 Gas Light and Coke Company 212
 Gaswork Clauses Act 1847 213
 Gaswork Clauses Act 1871 213–215
 Gebietsmonopole 73–75, 104, 215 f.
 Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen
 – siehe auch Versorgungspflichten
 – Begriff 12, 535–537
 – Primärrecht 310–315
 – Zulässigkeit 295–315, 526–538
 Gemischtwirtschaftliche Unternehmen 103,
 108–110, 156 f.
 GEREK 356, 418, 732
 Gewinn, angemessener 848, 870 f., 880–882
 Gladstone Act, siehe Railway Regulation Act
 1844
 Gleichwertigkeit 690–697
 – durch Normung 695
 – im Zugang 691–693
 – in der Auswahl 693 f.
 Gründe staatlicher Intervention
 – siehe auch Motive staatlicher Intervention
 – Europäische Union 951–954
 – Kategorien 251–259, 951–954
 – Mitgliedstaaten 118–120, 181–184, 239 f.,
 251–259
 Grundfreiheiten 277 f., 309, 322, 339 f.
 Grundgesetz 131, 138–140, 149 f., 162 f.,
 176 f., 185, 341
 Grundrechte 128–130, 278–284, 293–295,
 405, 865, 952
 Grundsätze der Geschäftsführung, betriebs-
 wirtschaftliche 400, 414, 621
 Grundversorgung
 – Begriff 11, 507
 – Elektrizität 11, 464 f., 479 f., 509, 513 f.,
 519, 522–524, 533–535
 – Gas 479 f., 509 f., 514, 519, 522–524, 535
- Haftung 385 f., 489, 589, 591 f., 710, 781 f.,
 819
 Hauriou, Maurice 19, 23 f.
 Hilfeleistungen (Eisenbahn) 587, 589, 670,
 710, 753

- Hill, Rowland 192 f., 242 f., 256 f., 264
 Holding-Modell (Eisenbahn) 407–409
- Imperial-Continental-Gas-Association 150
 Independent System Operator (ISO) 404
 Independent Transmission Operator (ITO) 404 f.
- Individualisierung der Versorgung 812, 907–911, 943–946
- Informationen
 – für Personen mit Behinderungen 724 f., 751–753
 – in Echtzeit 600, 752, 767, 780 f.
 – Nutzen 762–764
 – über Vertragsänderungen 659, 728, 807
 – (vor-)vertragliche ~ 724–726, 736 f., 745, 751 f., 797, 802 f.
 – während der Inanspruchnahme des Dienstes 727 f., 737–739, 752 f.
 – zu Rechten und ihrer Durchsetzung 728 f., 739 f., 753
- Informationspflichten 718–765
 – gegenüber der Öffentlichkeit 733 f., 743, 748 f., 757 f.
 – gegenüber Nutzerinnen und Nutzern 724–730, 735–741, 744 f., 751–754
 – gegenüber Personen mit Behinderungen 724 f., 751–753
 – gegenüber und zwischen Behörden 730–733, 741–743, 745–748, 754–756
 – Zielsetzungen 719
- Intra-EU-Kommunikation 676–678, 682, 916, 922
- Kartentelefone, siehe Sprechstellen, Telefon King's Mail 190 f.
- Klausel-Richtlinie (RL 93/13) 791–793, 806 f., 809 f.
- Kohäsionsziel 286, 289, 294, 316, 327 f., 335
 Kommunale Unternehmen 77 f., 152–154, 156 f., 181, 212, 239 f., 245
- Kommunalisierung 152 f., 156, 162, 179, 181 f., 249, 254
- Kompetenzgrundlage im Energiebereich 327, 339
- Kompetenzgrundlage im Verkehrsbereich 325 f., 339, 364
- Kompetenznormen im Primärrecht 315–329
- Kontinuität 572–578
 – siehe auch continuité
- Kostenorientierung (Preise/Tarife) 653–657, 668, 682, 925
- Kunden in abgelegenen Gebieten 514, 680, 700 f., 704 f.
- Kunden, schutzbedürftige 466, 477 f., 509 f., 514, 643 f., 650 f., 698–706
- Laufzeiten (Post) 582–584, 591
- Liberalisierung
 – Deutschland 139 f., 149 f., 163, 177 f., 184 f.
 – Eisenbahn Güterverkehr Unionsrecht 369–373, 486, 499–501
 – Eisenbahn Personenverkehr Unionsrecht 369–378, 490, 494–496, 499–501
 – Elektrizität Unionsrecht 363–369, 459–464, 468, 499–501
 – EU 270, 351–378, 436–438, 440 f., 453, 461–463, 480, 499–501, 618–622, 917–919
 – Frankreich 56, 69 f., 82, 97 f., 110–112, 125
 – Gas Unionsrecht 363–369, 459–464, 468, 499–501
 – Großbritannien 198 f., 206–208, 219 f., 226, 235 f., 241, 245 f.
 – Post Unionsrecht 357–363, 453, 499–501
 – Telekommunikation Unionsrecht 352–357, 435–438, 440 f., 448 f.
- Littlechild, Stephen 210 f., 243, 636
- Lois du service public 28 f., 32–47, 57, 72, 263, 303, 943, 947 f.
- Lois Rolland, siehe lois du service public
- London District Post 192
- Marktwirtschaft, offene 268, 270 f., 273, 289, 308, 348
- Marktwirtschaft, soziale 268, 284 f., 289 f., 316, 333, 347 f.
- Marktzugang
 – Eisenbahn Unionsrecht 385 f.
 – Energie Unionsrecht 383–385
 – Post Unionsrecht 381–383
 – Telekommunikation Unionsrecht 378–380
- Menschen mit Behinderungen, siehe Personen mit Behinderungen
- Mercury Communications 207 f.
- Münchner Abkommen 160
- Munizipalsozialismus 151–155, 223 f., 238
- Münztelefone, siehe Sprechstellen, Telefon mutuabilité, principe de 35, 40–42
- Napoleon III. 60 f., 75, 103 f., 118
- Napoleon 52 f., 58, 121
- National grid-iron 224 f., 243
- National Telephone Company 203–205
- Natürliches Monopol 349 f., 387, 924
- Negotiated third party access 366, 393

- Net-Avoided-Cost-Ansatz 852, 875
- Nettoeffekt 878–883
- Nettokosten 63, 482, 849 f., 855–902
 - Anreize Kosteneffizienz 869 f.
 - Berechnung 865–884
 - Buchhaltungsvorgaben 871 f.
 - Methoden 873–876
 - Praxis 877 f.
 - Vermeidung Doppelzählung 869, 876
- Nichtdiskriminierung (Preise/Tarife) 661–665
- ÖBB-Personenverkehr-Urteil 494, 589
- ONP-Richtlinie (RL 98/10) 441–443
- Optische Telegraphie 58–60, 140 f.
- Outputorientierung der Versorgung 934–937
- Paketdienste, grenzüberschreitende 456, 678–680
- Passagierrechte (Eisenbahn), siehe Fahrgastrechte (Eisenbahn)
- Passagierrechteverordnung (VO 2021/872) 492–494
- Penny Post 191 f.
- Personen mit Behinderungen 513, 670, 685–687, 690–697, 708–710, 715 f.
- Personen mit besonderen sozialen Bedürfnissen 513, 574, 688–690
- Personen mit eingeschränkter Mobilität 493, 587, 706–710, 713, 751 f.
- Personen mit geringem Einkommen 513, 574, 688–690, 707
- Personenverkehrsdienste
 - Abgeltung 859–865, 878–883
 - Liberalisierung 369–378, 490, 494–496, 499–501
 - Vergabe 374, 376, 551–562
- Pflichten, vorvertragliche 797
- Plan Freycinet 106 f., 116 f., 119 f.
- Post in Deutschland
 - DDR 139
 - Deutsche Bundespost 138–140, 149 f.
 - Deutsche Reichspost 137 f., 143–145, 147 f., 179
 - Entwicklung 134–140
 - Familie Taxis 134–137, 179
 - Postordnungen 136 f.
- Post in Frankreich
 - Entwicklung 47–58
 - ferme générale des postes 47 f.
 - La Poste 56–58, 70
 - régie intéressée 50
- Post in Großbritannien
 - Entwicklung 190–200
 - Liberalisierung 198 f.
 - Penny Post 191 f.
 - Privatisierung 198–200
 - Proclamation of 1591 191
 - Rowland Hill 192 f., 242 f., 256 f., 264
- Post Office Act 1969 195, 197, 205, 209
- Post Office Ltd. 199, 205 f., 238
- Postmaster General 191, 195 f., 201–203, 238
- Postnetz 51 f., 54, 135 f., 138, 194 f., 198–200, 517 f., 521, 571
- Postordnungen 136 f.
- Postreformen (Deutschland) 139 f., 149 f.
- Poststellen, siehe Postnetz
- Preise 122–124, 242, 615–683
 - siehe auch Tarife
 - einheitliche ~, siehe Einheitlichkeit
 - entfernungsunabhängige ~, siehe Entfernungsunabhängigkeit
 - erschwingliche ~, siehe Erschwinglichkeit
 - kostenorientierte ~, siehe Kostenorientierung
 - Markt~ 475, 618–620, 665 f., 922
 - marktgestützte ~, siehe Preissetzung, freie
 - tragbare ~, siehe Erschwinglichkeit
 - unverzerrte ~ 618 f., 665 f.
 - wettbewerbsfähige ~ 618 f.
- Preiskontrolle 122–124, 186 f., 242, 616–618, 622–683
- Preissetzung
 - auf Unionsebene 668–680
 - freie ~ 615, 618–622, 680 f.
 - Grundsätze der ~ 646–668
 - Regelungsansätze 631–642
 - Regelungspraxis 642–646
- Preistransparenz 657–661, 666–668
- Price-cap-Regulierung 210 f., 636–641
- Primärrecht 267–346
- Privatbahnprinzip (Deutschland) 163–168
- Privatisierung 83, 98 f., 140, 149 f., 176, 179 f., 198 f., 205 f., 218–220, 225 f., 234 f., 241 f., 330–333
- Profitability-Cost-Ansatz 875–877
- Public turn 269, 287, 349
- Public utilities 189 f.
- Puissance publique 18–20, 23 f.
- Pünktlichkeit (Eisenbahn) 489, 586–590
- Qualität
 - durch Technik 611 f.
 - Durchsetzung 605–609
 - Frankreich 43 f.
 - Kontinuität 33–36, 572–578

- Sicherheit 591–599
- Unionsrecht 568–614
- Zugänglichkeit 570–572
- Zuverlässigkeit 578–591
- Qualitätsinformation 599–609, 611
- Qualitätsmodell, europäisches 611

- Railway and Canal Traffic Act 1854 231 f.
- Railway Mania 228–230
- Railway Regulation Act 1844 230 f., 242 f.
- Rate-of-return-Regulierung 633–636
- Rechte der Bürger Richtlinie (RL 2009/136) 446–448
- Rechtsangleichung 321–325, 339 f., 356
- Rechtsdurchsetzung
 - alternative Streitbeilegung 456, 810 f., 816 f., 820–825
 - beim Versorgungsunternehmen 819–824
 - durch die Nutzerinnen und Nutzer 815–826, 927
 - Regulierungsbehörde 817 f., 820–822, 824 f.
- Rechtsnatur des Versorgungsverhältnisses 796 f.
- Rechtsverhältnis zwischen Staat und Betrauten 827–839
 - Form 828 f.
 - Inhalte 829–832
 - Vertragslaufzeit 832–837
- Régie intéressée 50, 77–79
- Regulated third party access 366, 393, 399
- Regulatory lag 635, 637
- Regulierungsbehörden, unabhängige ~ 415–426, 428
- Reichsverfassung von 1871 137 f., 143, 168–170, 183
- Re-Regulierung 2, 188, 349, 352, 369, 923
- Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG 158
- Richtlinie 91/440 371 f., 483 f.
- Richtlinie 96/92 459–462
- Richtlinie 97/67 450–453
- Richtlinie 98/30 459–462
- Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr (RL 2000/31) 721, 793 f.
- Richtlinie 2002/39 453 f.
- Richtlinie 2003/54 463–469
- Richtlinie 2003/55 463–469
- Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken (RL 2005/29) 794 f.
- Richtlinie 2008/6 454–456
- Richtlinie 2009/72 469–474
- Richtlinie 2009/73 469–474
- Richtlinie 2012/34 490–492

- Richtlinie über die alternative Streitbeilegung (RL 2013/11) 477, 816, 818–820, 824
- Richtlinie 2018/644 456
- Richtlinie 2018/1972, siehe Europäischer Kodex für die elektronische Kommunikation
- Richtlinie 2019/944 474–479
- Roaming 356, 447, 617, 670–676, 682, 726 f., 772 f., 916, 922, 925, 927, 942, 953–955
- Roaminggebühren 447, 670–676, 682, 726 f., 772 f., 916, 922, 953–955
- Rolland, Louis 21 f., 32–47
- Rufnummerübertragung 574, 669, 771 f.

- Saubere Energie für alle Europäer, Maßnahmen Paket, siehe Richtlinie 2019/944
- Schutz der innerstaatlichen Eigentumsordnung 329–333, 405, 414, 935
- «Seelenlosigkeit» des Versorgungsansatzes 941–943
- Sektorbeiträge 892–905
 - Beitragsberechtigung 902
 - Beitragshöhe und Beitragsvolumen 901 f.
 - Beitragssubjekte 895–898
 - Finanzierungsbasis 898–901
 - Fonds 903
- Separierung von Infrastruktur und Dienstleistungen, siehe Trennung
- Service des Estafettes 52, 121
- Service Public (Frankreich) 17–125
 - Aura des ~ 263 f., 612–614, 943
 - Begriffsabgrenzung 12 f., 17–32
 - eingeschlossene Tätigkeiten 30 f.
 - Grundsätze 32–47
 - lois du ~ 32–47
 - ~ administratif 31 f.
 - ~ industriel et commercial 28, 31 f., 110
 - Vorgeschichte 17–27
- Sicherheit 591–599
 - Eisenbahn 229, 240, 259, 591 f.
 - Energie 73, 83, 240, 259, 596–598
 - Post 592 f.
 - Telekommunikation 118 f., 593–596
- Significant Market Power (SMP) 389
- Sliding scale-System 214 f., 242 f., 631
- Société de Gaz de Paris 77 f.
- Société nationale des chemins de fer français (SNCF) 108–113, 117
- Solidarität 22 f., 286, 507 f., 526, 538, 885 f., 907–909
- Solidarité sociale 20–22
- Sondertarife 657 f., 661, 712, 714
- Sondervorschriften für bestimmte Nutzergruppen 684–717

- Sozialmodell, europäisches 285–287
 Sozialtarife 702–706, 711, 717, 945
 Sprachtelefonienstrichlinie (RL 95/62) 439 f.
 Sprechstellen, Telefon 67, 146, 148, 445, 448, 515, 530, 692 f., 866 f.
 Staatsbahnprinzip (Deutschland) 163–168
 Staateserfahrung 259–261
 Staatswerdung 182–184, 956–958
 Stephan, Heinrich 138, 143, 145 f.
 Straßenbahn 84, 153, 156
 Streitbeilegung, alternative 456, 810 f., 816 f., 820–825
- Tarife
 – siehe auch Preise
 – Deutschland 186 f.
 – Einheitstarife 121, 123, 232, 248, 255, 263, 302, 544, 625, 649, 651–653, 666–668
 – Europäische Union 615–683
 – Frankreich 122–124
 – Großbritannien 242 f.
 Tarifkontrolle, siehe Preiskontrolle
 Tarifoptionen und -bündel 625, 689 f.
 Tätigkeiten, unternehmerische, siehe Unternehmensbegriff
 Technische Spezifikationen für die Interoperabilität 486, 571 f., 600, 709, 752
 Technokratischer Charakter der Versorgung 937–941
 Telefon in Deutschland
 – DDR 149
 – Deutsche Bundespost 149 f.
 – Deutsche Reichspost 143, 147 f.
 – Entwicklung 140–150
 – Postreform 149 f.
 – Tarife 146–148
 Telefon in Frankreich
 – crise du téléphone 63–69
 – France Télécom 69–72
 – Nationalisierung 64 f.
 Telefon in Großbritannien
 – Entwicklung 200–211
 – Liberalisierung 206–208
 – policy of strangulation 202
 – Privatisierung 205 f.
 – Tarife 202–204, 210
 – Verstaatlichung 204 f.
 Telegraphenordnung 142 f.
 Telegraphenvereinsvertrag 142 f.
 Telegraphie in Deutschland
 – elektrische Telegraphie 141–145
 – nach der Reichsgründung 143–145
 – optische Telegraphie 140 f.
 – Tarife 144
 – Telegraphenordnung 142 f.
 – Telegraphenvereinsvertrag 142 f.
 Telegraphie in Frankreich
 – Chappe-Telegraph 58–60
 – elektrischer Telegraph 60–63
 – Tarife 62 f.
 Telegraphie in Großbritannien
 – Entwicklung 200–204
 – Verstaatlichung 200 f.
 TNT Traco-Urteil 896, 898
 Transeuropäische Netze 327 f., 334–338, 511 f., 952
 Transparenz, preisliche, siehe Preistransparenz
 Transparenz als Qualitätsmerkmal, siehe Informationspflichten
 Transparenzrichtlinie (RL 2006/111) 2 f., 269, 317, 410 f., 851 f., 881 f.
 Trassenvergabestelle-Modell (Eisenbahn) 409
 Trennung
 – buchhalterische ~ 400, 402, 407 f., 410, 749
 – der Informationsflüsse 408
 – eigentumsrechtliche ~ 400, 407
 – Eisenbahn Unionsrecht 406–410
 – Energie Unionsrecht 403–406
 – finanzielle ~ 400, 408, 424
 – hoheitlicher Funktionen 353, 411 f., 419
 – in den Entscheidungen 400
 – Konzept 190, 224, 244, 399–401, 429–431
 – organisatorische ~ 400
 – personelle ~ 400, 408
 – Post Unionsrecht 401 f.
 – rechtliche ~ 400, 408
 – Telekommunikation Unionsrecht 401 f.
 – Zulässigkeit 332 f.
- United Telephone Company 202
 Universal Service Fund, siehe Sektorbeiträge
 Universaldienst
 – Begriff 10 f., 514, 529
 – Post 449–457, 505 f., 509, 513, 517–519, 521–523, 531–533
 – Telekommunikation 435–449, 508 f., 513–517, 520 f., 523, 528–531
 Universaldienstfonds 437 f., 892–906
 Universaldienststrichlinie (RL 2002/22) 444–446
 UNO-Übereinkommen über Rechte von Menschen mit Behinderungen 686, 695

- Unternehmen mit beträchtlicher Markt-
macht 401, 442–444, 621, 644, 654, 662,
730
- Unternehmen, öffentliche 195, 205, 212,
238, 269, 287, 317, 332 f., 410 f., 564 f.
- Unternehmensbegriff 272, 275, 298, 842
- Urteil Blanco 17 f.
- Urteil Compagnie générale d'éclairage
de Bordeaux 34, 78
- Verbraucherrechterichtlinie (RL 2011/83)
721–723, 790 f., 798–800
- Verbraucherschutzrecht, allgemeines
719–723, 760 f., 789–796
- Verfassung von 1946 (Frankreich) 33 f., 44,
93, 98, 341
- Verfassung von 1958 (Frankreich) 36, 93,
341
- Vergabe
– In-House-- 488, 555 f., 564–566
– Quasi-in-House-- 565
- Vergabe von Personenverkehrsdiensten
– Bagatellaufträge 376, 857
– besondere Merkmale 376, 558 f.
– generelle Ausnahme Schienenverkehr
491, 562, 566, 586 f., 835
– integrierte Betreiber 559 f.
– Notsituation 376, 560
– vorübergehende Direktvergabe 376, 557 f.
- Vergaberecht, allgemeines 551–553, 564 f.,
828
- Vergleichsinstrumente, unabhängige 669,
724, 736, 769, 775
- Verordnung 1370/2007 374, 486 f., 859–864
- Verordnung zum Single Digital Gateway
(VO 2018/1724) 723
- Versorgung
– Instrumente zur Sicherstellung der ~
540–567
– Instrumente zur Sicherstellung der ~
in den Sektoren 541–562
- Versorgungspflichten
– Instrumente 541–567
– mitgliedstaatliche Konzeptionen
113–125, 178–188, 237–246
– primärrechtliche Grundlagen 284–315
– Umfang 507–526
– Umfang in geographischer Hinsicht
520–522
– Umfang in persönlicher Hinsicht 513 f.
– Umfang in sachlicher Hinsicht 514–520
– Umfang in zeitlicher Hinsicht 523 f.
– Ursprünge und Entwicklung 435–504
- Versorgungssicherheit 83, 327, 460–463,
523 f., 575 f.
- Versorgungssystem
– europäisches 915–948
– mitgliedstaatliches 247–264
– Verhältnis zum Markt 917–924
- Versorgungsziele 540 f., 562 f., 934–936
- Verstaatlichung
– Deutschland 136–138, 157 f., 169–172,
179, 181 f., 184
– Frankreich 64 f., 79–82, 93–95, 108 f.,
117 f., 121
– Großbritannien 200 f., 204 f., 216 f., 225,
233 f., 237–239, 241, 245
- Vertrag 789–814, 931 f.
– einseitige Änderung 806–810
- Vertragsbindung 799–802
- Vertragsdauer 799–802
- Vertragsform 798 f., 931 f.
- Vertragsinhalte 802 f.
- Vertragsmodalitäten 803–810
- Vertragsstreitigkeiten 810 f.
- von Bismarck, Otto 143, 169–171, 182
- Wechsel des Anbieters
– siehe auch Auswahl des Anbieters
– Fristen 770–772, 778 f., 920, 929
– kollektiver ~ 476, 788, 930
- Wechselrate 786 f.
- Weltpostvertrag 712 f.
- Westbahn Management-Urteil 752, 767,
780 f.
- Wettbewerb 124 f., 184 f., 244–246, 249–251,
267–284, 347–349, 917–924
– Funktionen von ~ 348 f.
- Widerrufsrecht 790 f., 799 f.
- Wirtschaftsverfassung, europäische 271–284
- Yardstick-Regulierung 641 f.
- Zahlungsmodalitäten 803–805
- Zahlungsverzug 576 f., 739, 805 f., 813
- Zugang zur Infrastruktur 387–399
– Eisenbahn Unionsrecht 396–399
– Energie Unionsrecht 392–396
– Post Unionsrecht 390–392
– Telekommunikation Unionsrecht
388–390
- Zusammenhalt, wirtschaftlicher, sozialer und
gesellschaftlicher, siehe Kohäsionsziel
- Zusammenschaltungsrichtlinie (RL 97/33)
440 f.